

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200.

Mittwoch, den 27. August 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die

sozialen Ursachen des Verbrechens.

Zwei Richtungen gibt es unter den Hütern des Rechts. Die eine, deren zahlreiche Vertreter in den meisten Gerichtssälen Recht sprechen, in den Hörsälen der Universitäten bei den künftigen Rechtsbesessenen den Grund zu ihrer juristischen Bildung legen, in allen Justizministerien und in den Parlamenten sitzen, sagt: Jeder Mensch ist voll verantwortlich für seine Taten, auch für seine Übertretungen der herrschenden Rechtsordnung, mögen die Ursachen immer sein, welche sie wollen. Die andere, leider bis jetzt nur wenig hervorretende und sich hervorwagende Richtung führt die allermeisten Verbrecher zurück auf die unzulänglichen sozialen Verhältnisse, die das Opfer dieser Verhältnisse mit dämonischer Gewalt hineintreiben in die Arme der blinden Themis. Einer der Vertreter der letzteren Anschauung ist ein wirklicher und wahrhaftiger, noch dazu in Sachsen amtierender Staatsanwalt, der sehr viel zitierte und viel berufene Wulffen. Er sagt u. a. in seiner Psychologie des Verbrechens:

„Der Proletarier schlägt im Kriege die Schlachten. Er bestellt im Frieden den Acker, baut die Straßen und Städte, schafft mit seiner Hand die Ware, die er auf Rädern und Schiffen über die Erde führt. In ruhelosem Zeugen und Gebären erneuert er und sein Weib stetig die markige Volkskraft. Mit den Leibern seiner Frau und Töchter stillt er die sexuelle Unersättlichkeit der Männer seines Volkes. Und zum Lohn für alle Opfer und Entbehrungen trägt er überdies zum größten Teil — ein moderner Atlas — mit seinem Leib und seiner Seele die Kriminalität seiner Nation!“

Man braucht nur Krisen- und Teuerungszeiten mit normalen Zeiten zu vergleichen und sofort zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit die Richtigkeit des Sages, den der Unterstaatssekretär v. Mayer gelegentlich der Besprechung der Kriminalität in Bayern in seinem Werke „Die Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben“ prägt: „Jeder Sechser, um den das Getreide im Preise steigt, hat auf je 100 000 Einwohner einen Diebstahl mehr hervorgerufen.“

In den Krisenjahren, den Jahren der Teuerung, ein unheimliches und sprunghaftes Anschwellen der Kriminalität, vor allem der Eigentumsvergehen. Von 1891 bis 1895 (schlimme Krisenjahre) wuchs die Zahl der kriminell bestraften um 63 000, um 12 Prozent mehr als die Bevölkerung.

Im Winter, wenn die Not in den untern Volksschichten eine besonders große ist, schwillt die Zahl der Verbrechen an, sie ist oft um 30 Prozent größer als in den andern Jahreszeiten.

Daß die Einkommensverhältnisse von ausschlaggebendem Einfluß auf die Kriminalität sind, beweist auch der Umstand, daß in den zehn Regierungsbezirken, die in der Kriminalistik am günstigsten dastehen, die höchsten Einkommensverhältnisse zu finden sind; dreizehn Bezirke, die ungünstigere Lohnverhältnisse haben, folgen, und die ungünstigste Diebstahlskriminalität ist in den sieben Provinzen vorhanden, die die niedrigsten Durchschnittslöhne haben. Drei Viertel aller preussischen Zuchthausinsassen hatten vor dem ein Einkommen unter 900 Mark. Das sind doch wohl schlüssige Beweise für die sozialen Momente des Verbrechens. Das betäubendste Kapitel unserer an solchen Beweisen wahrhaftig nicht armen Gesellschaftsordnung ist das der jugendlichen Verbrechen. Wer einmal Gelegenheit hatte, einer Bestätigung einer Landesstrafanstalt beizuwohnen, in der mehrere hundert Jugendliche untergebracht waren, der vergißt den Eindruck, den diese früh im Leben Entgleiten auf den sozial Denkenden machen, in seinem Leben nicht wieder. Gewiß ist auch so mancher unter ihnen, dem man es ansieht, daß nur der plötzliche Leichtsinn einer unseligen Stunde ihn hinter die Gefängnismauern gebracht, aber dann sind die noch so jungen Leute mit den stumpfen, teilweise zynischen Gesichtern da, aus deren Augen einen der Menschheit ganzer Jammer anguckt. Das sind die Opfer der sozialen Unzulänglichkeiten unserer „herrlichen Gesellschaftsordnung“.

Und dieser Eindruck wird beständig wenn man die nach dieser Richtung außerordentlich beweiskräftigen und zugleich auch erschütternden Angaben über ihre Herkunft, über das Milieu, dem sie entstammen, kennen lernt, die in einem Beiheft zur Zeitschrift für Kinderforschung und Heilerziehung der Oberlehrer der sächsischen Landesstrafanstalt Bautzen, C. Birckigt, gibt. Er

sagt da u. a.: „Der sittliche Zustand der Schulknaben findet seine Erklärung zum großen Teil in den sozialen Verhältnissen, in denen sie aufgewachsen sind.“ Und dann wird ein Bild entrollt, das eine unerbittlich harte Anklage gegen unsere Gesellschaftsordnung bildet.

Danach gehören die Knaben (es sind ausschließlich Knaben im schulpflichtigen Alter) ausnahmslos den ärmeren Volkskreisen an. Von den 124 Knaben sind nicht weniger als 99 Kinder von Arbeitern, 14 hatten nur noch eine Mutter, die als Waschfrauen, Arbeiterinnen in der Landwirtschaft, Fabrik- oder Heimarbeiterinnen beschäftigt sind. 20 Knaben (16,1 Prozent) sind unehelich geboren. Dann heißt es weiter über die Familienverhältnisse: 36 Familien sind zerrütet, 11 Knaben hatten den Vater, 15 die Mutter, 1 beide Eltern durch den Tod verloren. Zwei Väter sind verschollen, vier Elternpaare leben getrennt und drei sind geschieden. In acht Fällen sind Stiefmütter ins Haus gekommen; von dreien wird berichtet, daß sie ihre Stiefkinder nicht leiden können und schlecht behandeln. Einen der geschiedenen Väter beschuldigt sein Sohn des Verkehrs mit lüderlichen Frauenpersonen. Eine von ihrem Ehemann getrennt lebende Mutter führt in Gegenwart ihrer Kinder einen unfittlichen Lebenswandel. In einem Falle stammen fünf uneheliche Kinder von einem Vater, in zwei andern Fällen sind sechs resp. fünf Kinder von drei verschiedenen Vätern vorhanden. 21 Väter sind Alkoholiker. Eine große Menge der Eltern hat selber gerichtliche Strafe verbüßt.

In 96 Fällen wird in den Akten oder in den Auskünften der Heimatschule betont, daß die Verwahrlosung der Knaben und ihre Straftaten den übeln Verhältnissen im Elternhaus zur Last fallen. Die Knaben stammen fast ohne Ausnahme aus den armen und ärmsten Volksschichten, in denen, soweit das Familienleben nicht schon durch besondere Verhältnisse zerrütet ist, Vater und Mutter gemeinsam dem Broterwerb nachgehen müssen und für die Erziehung ihrer Kinder keine Zeit finden.

Aus diesen ungünstigen sozialen Verhältnissen ist es denn wohl auch zu erklären, daß mit einer einzigen Ausnahme alle Knaben Eigentumsvergehen sich zuschulden kommen ließen. Nebenher laufen aber noch andre Vergehen: Körperverletzung, Sittlichkeitsvergehen usw. Die ausgeworfenen Strafen betragen im Durchschnitt 5,9 Monate. Die geringste Strafe war 5 Wochen, die längste — zwei Jahre neun Monate. 19 Prozent dieser von der schauerlichen Statistik erfaßten Kinder wurden rückfällig. Manche zwei- und dreimal. 46 Prozent waren vorbestraft.

Schlimm ist es auch mit dem Wissen dieser jugendlichen Entgleiten bestellt. Die Antworten, die die Knaben auf an sie in den verschiedenen Unterrichtsfächern gestellte Fragen gaben, beweisen dies. So antworteten z. B. auf die Frage: „Was weißt du von den alten Deutschen?“ 40 Prozent mangelhaft oder falsch; die Antworten sind manchmal, so tieftraurig der ganze Eindruck ist, unfreiwillig komisch. So sagte einer: „Wenn ein Krieger gestorben ist, so kam er in den Himmel und eine Jungfrau überreichte ihm ein Abfel!“ „Das Bier brauten sie selbst und rauchten ihr Pfeifchen dazu, ihr Sprichwort war: Hopfen und Malz, Gott erhalt's.“ „Die alten Deutschen tranken den ganzen Tag. Sie waren immer nicht zu Hause. Manche waren träge und faul.“ Auf die Frage nach der Gestalt der Erde gibt es Antworten wie: Ein Kreis, eine Ellipse, eine Pflaume, eine braune Gestalt, ein Biered usw.

Es handelt sich um Knaben von 12 bis 14 Jahren, bedenke man. So ähnlich steht es auf allen Wissensgebieten. Woher soll's denn auch kommen, wenn in den meisten Fällen sich die Kinder selbst überlassen waren.

Der Verfasser der von uns zitierten Broschüre fordert denn auch vernunftgemäß statt Bestrafung von Kindern Erziehungsfürsorge. Sie sind für ihre Taten nicht verantwortlich zu machen. Schuld an ihrem Unglück ist die Gesellschaft. Freilich, wenn man dazu kommen sollte, dieser Forderung gerecht zu werden, dann muß dafür gesorgt werden, daß die Fürsorge- Erziehung auch diesen Namen verdient. Daneben laufen freilich eine ganze Menge Forderungen, die erfüllt werden müßten, wenn das Verbrechen und nicht nur bei den Jugendlichen eingedämmt werden soll.

Bessere Lebensbedingungen vor allem für die große Masse des Volkes. Wie sieht es jetzt mit den Einkommensverhältnissen aus? Der weitaus größte Teil der Menschheit verfügt über ein so geringes Einkommen, daß damit eine menschenwürdige Existenz nicht zu führen ist. Nach der Statistik der gewerblichen Unfallberufsgenossenschaften ist der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters in den Jahren 1891 bis 1907 von 650,14 Mark auf 932,84 Mark gestiegen. Aber was sind denn 1000 Mark, wenn allein die ausreichende Ernäh-

rung einer vierköpfigen Familie nach den heutigen Lebensmittelpreisen zirka 1200 Mark erfordert?

Schlimm ist es auch mit den Wohnungsverhältnissen bestellt, und gerade die ungenügenden Wohnungsverhältnisse sind eine Brutstätte für die Verbrechen, vor allem Sittlichkeitsverbrechen. Der Grund- und Bodenwucher treibt die Wohnungspreise besonders in der Großstadt ungeheuer in die Höhe. Die Folge ist, daß die Arbeiter gezwungen sind, sich in der erdenklichsten Weise einzuschränken. Oft haufen Eltern, halberwachsene Kinder beiderlei Geschlechts und Astermieter in einem Schlafraum.

Auch die künstlich durch Zölle und Verbrauchssteuern herbeigeführte Teuerung aller Lebensmittel spielt eine große Rolle als soziale Ursache des Verbrechens, und diejenigen, die sie fordern und fördern, sind Mitschuldige an dem Unglück der vielen Tausende von Volksgenossen, die die Not zum Verbrechen getrieben. Auf der andern Seite haben die Arbeiter durch ihre gewerkschaftlichen und politischen Kämpfe um die Verbesserung des Lebensstandards, durch ihre Verbreitung von Bildung und Aufklärung sich unschätzbare Verdienste um die Eindämmung der Kriminalität erworben. Die aber die sie in diesem Kampfe hindern, sind die Mitschuldigen der Verbrechen. Sie schaffen die sozialen Ursachen des Verbrechens und bekämpfen die, die diese Ursachen beseitigen wollen.

Solange wir die privatkapitalistische Produktionsordnung haben, werden diese sozialen Ursachen des Verbrechens nie ganz beseitigt werden können. Sie fallen erst mit ihr. Aber es ist falsch von den bestellten Hütern des Rechtes, wenn sie diese Ursachen unbeachtet lassen und immer nach den Worten von Goethes Harfenspieler handeln:

Ihr stoßt ins Leben ihn hinein,
Ihr laßt den Armen schuldig werden,
Dann überlaßt ihr ihn der Pein!

Niemand wird sich der Wahrheit verschließen können, daß die wichtigsten Ursachen aller Misse, aller Ungerechtigkeiten die unhaltbaren sozialen Zustände sind und daß jeder, der ehrlich die Verbrechen einschränken und beseitigen will, den Kampf der modernen Arbeiterbewegung unterstützen muß.

Die soziale Krankheit, Verbrechen genannt, kann nicht eingedämmt werden durch noch so harte Strafen, durch die Anwendung der Abschreckungstheorie, sondern durch die Prophylaxe, durch die Vorbeugung, durch Milderung und Beseitigung der klar zutage liegenden Ursachen. Man decke den Brunnen zu, ehe jemand hineingefallen!

Politische Rundschau

Deutschland.

Reaktionärer Zusammenschluß.

Vor einigen Jahren wurde der „Reichsdeutsche Mittelstandsverband“ in Dresden unter großem konservativ-gouvernementalen Freudengeschrei gegründet. Sonntag hat er in Leipzig den dritten Reichsdeutschen Mittelstandstag abgehalten. Der Besuch war viel schwächer als 1911 und 1912. Diesmal aber hatte man außer den altgewohnten Referaten — über den „angemessenen Preis“, über den heimlichen Warenhandel der Beamten, über Streikbrecherschutz, über den Tabaktruff usw. — das gemeinschaftliche Zusammenwirken von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft auf die Tagesordnung gestellt. Aus den Reden der Herren Kückelhaus, Schweighoffer (vom Zentralverband deutscher Industrieller), Aus dem Winkel (Bund der Landwirte) und Dr. Kellermann (Christliche Bauernvereine) ging restlos hervor, daß diese Gemeinsamkeit sich erstreckt auf den gemeinsamen Schrei nach Knebelung der Arbeiterbewegung, Einstellung aller weiteren Sozialpolitik und Arbeiterversicherung und Aufrechterhaltung der Hochschulzollpolitik. Dieses gemeinsame Vorgehen gegen das deutsche Volk wird dann durch den Ausspruch getönt, daß dieser Mittelstand das deutsche Volk sei und daß alle nationale Kultur in den versammelten Zünftlern ruhe. Parteipolitisch soll das Zusammenwirken beileibe nicht sein — ist ja auch nicht nötig, da ja der ganze Reichsdeutsche Mittelstandsverband samt dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem B. d. L. wachst konservativ ist. So war es seiner „würdig“, daß der Reichstag in Leipzig durch — Herrn Liebert in glänzender Einsamkeit vertreten war.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist natürlich entzückt von der Arbeit, die in Leipzig geleistet wurde, erblickt sie doch darin die Grundlegung zu einem Kartell deutscher, schaffender Arbeit. Sie sagt:

„So hat man sich denn auf diesem Boden zusammengefunden; der harmonische Grundton und Einklang aller Stimmen, die gestern laut wurden, verbürgt, daß das ge-

*) Straffällige Schulknaben in intellektueller, moralischer und sozialer Beziehung. (Langenlaza, Herm. Beyer & Co.)

plante Werk von Kraft und Dauer sein werde. Es war klug und zweckmäßig, daß man auf eine Verschmelzung der Berufsstände verzichtet hat. Jeder Berufsstand soll vielmehr nach wie vor für sich arbeiten; nur solche wirtschaftliche Fragen, die allen Ständen gemeinsam sind, sollen gemeinsam behandelt werden. Deshalb will man keine einheitliche Organisation schaffen, sondern Kartelle, und zwar Kartelle nicht nur für das ganze Reich, nicht nur für die einzelnen Provinzen und Länder, sondern auch für die einzelnen Orte. Das halten wir für ganz besonders wichtig und bedeutsam. Wenn das Kartell sich über das ganze Reich erstrecken sollte, dann würde es vielleicht wie ein Schemen über den Wogen schweben und nicht von unmittelbarer, sammelnder Wirkung sein. Die Vertreter der drei großen Erwerbsstände sollen sich nicht nur in einem Reichsausschusse zusammenfinden, sondern an jedem Orte. Das allein verbürgt unmittelbare Wirkung und nachhaltige Kraft."

Herr Dertel, der selbst der Verfasser dieses Artikels ist, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der 24. August des Jubiläumjahres ein goldener Tag des Segens sein werde, und wirft dann noch die Frage auf, wie sich wohl der Bund der Industriellen und der Handwerker zu dem neuen Kartell der Arbeit stellen werden. Dieses Kartell der Arbeit ist agrarische Sache und hat den Zweck, die Interessen der Bucherzöllner agitatorisch zu vertreten. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ besonders die Erklärungen hervorhebt, die ein gewisser Rückelhaus im Namen des Handwerks abgegeben hat, so darf wohl ganz beiseite gelassen werden, wer denn diesen Herrn zur Abgabe solcher Erklärungen eigentlich beauftragt hat. Das Handwerk ist bekanntlich auf eine ganze Reihe von Organisationen verteilt, abgesehen von der überaus großen Anzahl Handwerker, die überhaupt keiner Organisation angehören. Die Reichsdeutsche Mittelstandsvereinigung ist aber so ziemlich die schwächste aller Handwerkerorganisationen, sodaß ihr Vertreter gar kein Recht hatte, im Namen des deutschen Handwerks zu sprechen. Die Interessen der deutschen Handwerker liegen nicht in der Linie der Bestrebungen der Bucherzöllner, die ihnen das notwendige Arbeitsmaterial künstlich durch Zölle verteuern. Dieser ganze Mittelstandstag war agrarische Sache, eine Zirkus-Such-Bewegung im Weisensachenformat, aber nicht etwa eine Vertretung des deutschen Handwerks.

Staatliche Elektrizitätsabschlüsse.

Mit einer geradezu unheimlichen Schnelligkeit naht der Zeitpunkt, wo der elektrische Strom bis in den abgelegensten Winkel des Reiches geleitet sein wird. Im Nordwesten Deutschlands jagen sich jetzt Staat, Gemeinden und private Gesellschaften gegenseitig die Gebiete, in denen noch „etwas zu machen ist“, ab. Seitdem der preussische Staat beschloß, die gewaltigen Ebertalsperre ein entsprechend großes Kraftwerk anzugliedern, und seitdem die ersten Verhandlungen mit den umliegenden Staaten, Provinzen und Gemeinden wegen der Stromabnahme geführt werden, sind die bestehenden privaten Werke, hinter denen zum großen Teil die mächtigen Elektrizitätskongerne stehen, fieberhaft tätig. Gemeindegewerke werden aufgekauft oder auf eine lange Reihe von Jahren „angepachtet“, und auf jede Weise wird versucht — meist mit größter Heimlichkeit — die Einflusssphäre zu erweitern.

So hat jetzt auch die Regierung des Fürstentums Schaumburg-Lippe Verhandlungen mit allen Gemeinden des Landes wegen genereller Versorgung mit Strom eingeleitet. Es heißt, der Strom solle von einem kaufmännisch geleiteten Unternehmen bezogen werden. In dem benachbarten Fürstentum Lippe versucht die Regierung, mit Preußen über die Zuleitung von Strom zu einem Ab schlusse zu kommen.

Die Entwicklung geht sprunghaft. Und bei der ungeheuren Bedeutung, die die Sache hat, die demnächst in jedem Haushalt zu spüren sein wird, kann das Reich nicht ohne jede Regelung den Dingen ihren Lauf lassen. Die tagtäglich Hunderttausende, vielleicht Millionen nutzlos vergehende Anarchie auf diesem Gebiete kann nicht so fortdauern.

Pharisäer und Heuchler.

Niemand hat sich mehr über den angeblichen Terrorismusfall in Wald bei Solingen entrüstet, wo der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins die Mitglieder, die bei der Landtagswahl ihr Wahlrecht nicht ausübten, zur Regenschäufel gezogen, als die Zentrumspresse. Selbst als nachgewiesen wurde, daß die Vor geladenen nur eingeschriebene Parteimitglieder waren, und daß die gegenseitige Behauptung von dem Redakteur der „Walder Zeitung“ aus Rache in die Welt gesetzt worden war, heulte die kirchliche Presse noch über die Anwendung von „Daumenschrauben“ gegen Angehörige der sozialdemokratischen Partei. Wir wollen nun diesem heuchlerischen Gerede gegenüberstellen, in welcher Weise das Zentrum von seinen Anhängern Disziplin verlangt. Mehrere Wochen nach der Landtagswahl schickte die Zentrumspar tei in Lüneburg folgende Schreiben an diejenigen katholischen Geschäftsleute, die nicht gewählt hatten:

Sehr geehrter Herr!

Wie wir bei Durchsicht der Landtags-Wählerliste feststellen, haben Sie am 16. Mai d. Js. Ihrer Wahlpflicht nicht genügt. Sie haben durch Ihr Fernbleiben mitverschuldet, daß die von unserer Partei angestellten Wahlmänner der ... Abteilung nicht gewählt worden sind; die Wahlmänner waren bei vollzähliger Beteiligung ausfiel.

Wir möchten Sie nun ebenso höflich wie dringend ersuchen, bei den nächsten Wahlen Ihrer Wahlpflicht zu genügen.

Der Vorstand der Zentrumspar tei (Bezirk Lüneburg-Mittstadt).
J. A. Woss Holttamp, Schriftführer.

Dieser Wahlbefehl wird die Zentrums presse natürlich nicht veranlassen, beiseitener zu sein, sie wird das Dokument ihren Lesern verschweigen und weiter den sozialdemokratischen „Terrorismus“ bekämpfen unter dem christlich-katholischen Feldgeschrei: Für Wahrheit und Recht.

Wachwache.

Der vor einigen Tagen angeregte Bloß der Rechten, hat so ziemlich auf allen Seiten eine glatte Ablehnung erfahren. Auch die konservativen Schichten

Zeitung“ schließt sich der Auffassung an, daß jetzt nicht der geeignete Moment zur Bildung eines neuen Blockes ist; und sie hält den von nationalliberaler Seite gehegten Befürchtungen folgende Sätze entgegen:

„Diese Angst vor einem ‚Block der Rechten‘ dürfte ziemlich unbegründet sein. Im Ernst wird ein Block, d. h. eine feste Parteiverbindung aller nicht links gerichteten Parteien weder möglich noch erwünscht sein. Ihrer inneren Zusammengehörigkeit aber werden sich alle diese Parteien, die den demokratischen Götzen nicht anbeten wollten, immer mehr bewußt werden müssen, auch die rechtsstehenden Nationalliberalen, denen es auf die Dauer in der allzuengen Nachbarschaft der Roten doch unbehaglich werden muß.“

Der Bülowblock ist den Konservativen immer noch eine recht unangenehme Erinnerung, und diese Erinnerung ist es, die in ihnen die Sehnsucht nach einem neuen Block ganz wesentlich zurückdrängt. Für sie ist es viel bequemer, in einem losen Verhältnis zu den rechtsstehenden Parteien zu stehen, und vor allen Dingen sind sie genötigt, möglichst Anschluß an das Zentrum zu suchen; denn nur auf diese Weise können sie ihren stark gesunkenen Einfluß noch zur Geltung bringen.

Die Zukunft der Reichspartei.

Zu den Parteien, die bei den letzten Wahlen dezimiert worden sind, gehört in erster Linie die Reichspartei, die von ihren 25 Mandaten nicht weniger als 13 verlor und damit im Reichstag völlig einflußlos geworden ist. Die krampfhaften Versuche der Camp, Schulz und Arendt, ihr Fähnlein als Fraktion anerkannt zu sehen, schlagen fehl, und da sie es auch ablehnten, sich den Konservativen zuzählen zu lassen, sind sie auch von den Kommissionsarbeiten ausgeschlossen. Die Reichspartei ist eigentlich ein Unikum, denn sie verfügte bis vor kurzem im ganzen Deutschen Reich über keinerlei Organisation. Ihre Kandidaten wurden von einem nationalen Wahlmann aufgestellt und versprachen dann, im Falle ihrer Wahl, der Fraktion der Reichspartei beizutreten. Je mehr aber die Parteien scharfe Grenzlinien gegeneinander ziehen, desto weniger konnte ein solches System beibehalten werden. Der Abg. Dr. Arendt hat deshalb bereits im vorigen Winter den Versuch gemacht, in Berlin eine reichsparteiliche Organisation zustande zu bringen. Jedenfalls hat man von einer Wirksamkeit dieser Organisation noch nichts bemerkt. Der Landrichter Dr. Koch in Hamburg hat es nun unternommen, dem reichsparteilichen Glend ein Ende zu machen, in der Zeitschrift „Neues Deutschland“ bezeichnet er 40 Wahlkreise als „ausichtslos“ und empfiehlt, diese Kreise mit einem Netz von Vereinen zu überziehen. Dann empfiehlt er weiter:

„Zweierlei aber muß als notwendig hinzukommen: einmal der ausgesprochen parteipolitische Charakter jeder derartigen Gründung. „Nationale“, „patriotische“ Vereine — und wie immer sonst sie sich nennen mögen — bleiben meist unklare Gebilde, mit denen zielbewusste Politik nicht getrieben werden kann; der Deutsche muß sich an die parteipolitische Schulung gewöhnen. Ferner muß jede Honoratiorenpolitik fehlen. Alle Schichten der Bevölkerung sind zur politischen Betätigung heranzuziehen, Vertreter aller Schichten ist die Möglichkeit zu bieten, auch an der Leitung jener Vereine teilzunehmen. Nur volkstümliches Zusammenarbeiten kann wahrhaft konservativere Gesinnungen im Lande wecken und pflegen. Es geht auf das ganze in der inneren Politik!“

Der unternehmende Landrichter ist offenbar ein noch recht junger Reichsparteiler, sonst könnte er diese Hoffnungslosigkeit nicht haben. Die Reichspartei ist die Vertreterin des industriellen Scharfmachertums, die schärfste Bekämpferin der Sozialpolitik; die Camp, Arendt und der Reichsverbands-Lieber sind ihre typischen Vertreter, wie man mit alledem Massen gewinnen will, das wird stets das Geheimnis des Landrichters Koch bleiben.

Die Erhebung der Wehrsteuer.

Im Reichsamt werden gegenwärtig, wie die „Tägl. Rundschau“ berichtet, die Fragebogen für die Erhebung der einmaligen Wehrabgabe gemeinsam mit den übrigen Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über den einmaligen Wehrbeitrag ausgearbeitet. Die Bestimmungen werden vom Bundesrat voraussichtlich im Oktober erlassen werden, da das Gesetz am 1. Januar 1914 in Kraft tritt. Die Fragestellung soll sehr sorgfältig vorgenommen werden, um ein klares Bild über die Vermögenslage der einzelnen Jensten zu gewinnen. Das auf diese Weise gewonnene Material soll dann auch die Unterlage für das Vermögenszuwachssteuergesetz bilden, das im Jahre 1916 zur Einführung gelangt. Die Fragebogen werden im Januar ausgegeben und im Februar zugestellt werden. Drei Monate nach der Zustellung muß das erste Drittel des Wehrbeitrags bezahlt sein. Bis längstens Mai 1914 wird daher das erste Drittel des Wehrbeitrages eingegangen sein.

Zeichen der Zeit.

Im zweiten Vierteljahr 1913 ist der Fleischkonsum in Württemberg gegenüber demselben Quartal des Vorjahres beträchtlich zurückgegangen. Es wurden geschlachtet: Ochsen 4116 (gegen 5353 im 2. Quartal 1912), Kühe 10 494 (11 258), Jungrinder 21 664 (22 769), Kälber 46 637 (50 133), Schweine 127 554 (135 248), Schafe 3187 (3646). Während bei allen diesen Tiergattungen eine Verminderung eingetreten ist, weisen eine Zunahme nur auf die Bullen von 3070 auf 3104, Ziegen von 10 249 auf 11 476 und Pferde von 192 auf 328 Schlachtungen!

Der Stand der Reichseinnahmen.

In den ersten drei Monaten des Etatsjahres 1913/14 sind die Zolleinnahmen erheblich hinter dem Vorausschlag zurückgeblieben und zwar im April um 6,3 Millionen, im Mai um 10,2 Mill., im Juni um 11,8 Mill., insgesamt um 28,4 Mill. Mk. Die Zolleinnahme war dagegen um 18,8 Mill. höher als der entsprechende Monatsanteil. Infolgedessen ist der Ausfall an Zolleinnahmen für die bisher verlossene Zeit des Rechnungsjahres von 28,4 Mill. Mark auf 9,6 Mill. Mk. zurückgegangen. In diesem Zeitraum haben erbracht die Zölle 230,8 Mill. (9,6 Mill. weniger als der im Etat vorgesehene Betrag), die Tabaksteuer 3,1 Mill. (0,5 Mill. weniger), die Zigarettensteuer 13,2 Mill. (0,8 Mill. mehr), die Zuckersteuer 59,3 Mill. (6,9 Mill. mehr), die Salzsteuer 19,1 Mill. (0,9 Mill. weniger), die Branntweinsteuer 69,9 Millionen

(4,7 Millionen mehr), die Essigsteuerverbrauchsabgabe 0,3 Millionen (gleich dem Vorausschlag), die Schaumweinsteuer 3,5 Mill. (0,1 Mill. weniger), die Leuchtmittelsteuer 5,1 Mill. (0,1 Mill. weniger), die Zündholzsteuer 7,3 Mill. (0,5 Mill. mehr), der Wechselstempel 6,8 Mill. (0,4 Mill. mehr), die Börsensteuer 28,8 Mill. (1,2 Mill. weniger), die Lotteriesteuer 16,9 Mill. (0,1 Mill. mehr), der Frachturkundenstempel 6,3 Mill. (0,3 Mill. mehr), die Personenfahrtkartensteuer 7,4 Mill. (0,2 Mill. weniger), die Kraftfahrzeugsteuer 2,2 Mill. (1,0 Mill. mehr), die Lantimesteuer 3,4 Mill. (1,4 Mill. mehr), der Scheckstempel 1,0 Mill. (0,2 Mill. mehr), der Grundstücksübertragungsstempel 11,9 Mill. (1,3 Mill. weniger), die Zuwachssteuer 5,9 Mill. (4,3 Mill. mehr), die Erbschaftsteuer 14,1 Mill. (1,5 Mill. weniger), die Statistische Gebühr 0,7 Mill. (0,3 Mill. mehr). Es stehen sich somit gegenüber Mehreinnahmen im Betrage von 21,0 Millionen Mk. und Mindereinnahmen im Betrage von 15,9 Mill. Mk., sodaß das Einnahmeergebnis für die ersten vier Monate des laufenden Rechnungsjahres bei einer Gesamteinnahme von 558,9 Millionen Mark mit einem Plus von rund 5 Millionen Mark gegenüber dem anteiligen Etatsanschlag abschließt. Zu den Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren treten noch hinzu die Einnahmen der Reichspostverwaltung mit 272,3 Millionen Mark, und die Einnahmen der Reichseisenbahnverwaltung mit 53,5 Millionen Mark. Die Einnahmen der Reichspostverwaltung sind damit um 7,9 Millionen Mark hinter dem anteiligen Etatsanschlag zurückgeblieben, die Einnahmen der Reichseisenbahnverwaltung haben den anteiligen Etatsanschlag um 2,3 Millionen Mark übertroffen. Die Gesamteinnahmen belaufen sich in den ersten vier Monaten auf 885,3 Millionen Mark. Gegen den Vorausschlag bleibt noch ein Minus von 0,5 Millionen Mark.

Für die Reichstagsersatzwahl im 8. badischen Wahlkreise

Ist vom Zentrum nicht, wie kürzlich gemeldet wurde, der Mannheimer Amtsgerichtsrat Giesler, sondern der Zigarrenfabrikant Neuhäus in Schwellingen aufgestellt worden. Neuhäus ist ebenso wie Giesler badischer Landtagsabgeordneter, er hat aber vor diesem voraus, daß er der besondere Protégé des Pfarrers Wacker ist, der allein im badischen Zentrum zu bestimmen hat.

Fortschritts-Byzantinismus.

Unter der Ueberschrift „Polnische Ueberheiten“ mokiert sich die „Voss. Ztg.“ darüber, daß die Nationalpolen gelegentlich des Kaiserbesuchs in Posen ihre Häuser nicht genügend dekorierten und nicht genug patriotischen Nummern inszenierten. Das große polnische Gesellschaftshaus Basar schmückte die Fronten nur mit grünen Gurtbändern, nicht mit Fahnen und Emblemen, die in dem Basar befindlichen großen polnischen erstklassigen Geschäfte hätten nicht den geringsten Schmuck angelegt, die allermeisten Polen dekorierten in keiner Weise ihre Häuser und Geschäfte, ja die Polen demonstrieren sogar noch in anderer Weise: eine Reihe von Papiergeschäften hätten in ihren Auslagen nur polnische Patrioten und polnische Dichter ausgestellt, und einzelne hätten selbst große Bilder von Napoleon in der Auslage.

So weit die bewegliche Klage des tapferen Fortschrittsblattes. Wir haben keine Ursache, die Polen gegen den Vorwurf mangelhafter „patriotischer“ Gesinnung in Schutz zu nehmen. Aber ein Fortschrittsblatt sollte schließlich begreifen, daß die Ausstellung von Napoleons Bildnis durch die Polen gar nicht so ungereimt ist. War es doch Napoleon, der den Polen vor mehr denn 100 Jahren die Befreiung von Hörigkeit und Leibeigenschaft brachte, während in Preußen z. B. heute noch das Volk unter dem Dreiklassenwahlrecht politisch rechtlos ist.

Balkan.

Zur Lage. In maßgebenden diplomatischen Kreisen St. Petersburgs, die über den Stand der Balkan-Angelegenheiten gut informiert sind, heißt es, daß alle Gerüchte über in Konstantinopel stattfindende direkte Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien jeder Begründung entbehren. Die Türkei habe das ganze Gebiet jenseits der Mariza geräumt, bis auf eine Brücke, die noch in ihrem Besitz ist.

Nachdem eine Einigung der Regierungen von Serbien und Montenegro über die Grenzfrage erzielt worden ist, wird im Ministerium des Außen an der definitiven Festsetzung der Grenzlinie gearbeitet. Montenegro erhält Djakoviza, Blevlje und Spek. Am Freitag findet unter militärischer Kontrolle bei der Grenzstation Sukowo der Austausch der Kriegsgefangenen zwischen Serbien und Bulgarien statt.

Amerika.

Mexiko und die Vereinigten Staaten. Der mexikanische Interimspräsident Huerta weiß nicht, was er will. Angesichts des drohenden Verhaltens der Vereinigten Staaten schwankt er hin und her und möchte den entscheidenden Schritt möglichst lange hinausschieben. Das wird ihm aber wenig nützen. Der Präsident Wilson verlangt Antwort auf folgende Huerta unterbreitete Vorschläge: Einstellung der Feindseligkeiten, definitive Waffenstillstand, baldige freie Wahl, Verpflichtung Huertas, selbst nicht zu kandidieren und die Vereinbarung mit allen, daß das Wahlergebnis anzunehmen ist.

China.

Übergabe von Hanking. Nach einer der Petersburger Telegraphen-Agentur zugegangenen Meldung hat sich Hanking gestern vormittag den Regierungstruppen ergeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 27. August.

Eine höhere Besteuerung alleinstehender Personen — also eine Art Junggesellensteuer — schlägt die Bürgerschaftskommission vor, die am 15. Juli 1912 eingesetzt worden war und am 24. Juli d. Js. Bericht erstattet hat. Der Bericht, der in mancher Beziehung interessant ist, ist den Bürgerschaftsmitgliedern erst dieser Tage zugegangen. Wir geben daraus referierend zunächst den Abschnitt wieder, der sich mit der härteren Besteuerung Alleinstehender

der beschließt. Die Kommission schlägt einstimmig vor, folgende neuen Bestimmungen dem Einkommensteuergesetz einzufügen:

Ledige Steuerpflichtige, die keine Familienangehörige ernähren, haben bei einem Einkommen von 2100 Mk. bis 10000 Mark einen Zuschlag von 10 Proz. und bei höheren Einkommen einen solchen von 20 Proz. zu zahlen.

Verwitwete Steuerpflichtige, die keine Familienangehörige ernähren, haben bei einem Einkommen von über 10000 Mk. einen Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen.

Zur Begründung dieses Vorschlags führt die Kommission aus: Die Einkommensteuer soll den einzelnen nach seiner Leistungsfähigkeit treffen. Die Leistungsfähigkeit wird aber nicht richtig erfasst, wenn nur die Höhe des Einkommens berücksichtigt wird. Von denen, die ein Einkommen von 3000 Mk. haben, sind doch zweifellos die, die dies Einkommen ausschließlich für sich verbrauchen können, leistungsfähiger als die, die mit ihm eine vielköpfige Familie zu ernähren haben. Deshalb ist bei Bemessung der Höhe der Steuer nicht nur das Einkommen an sich, sondern auch die Zahl der auf dasselbe angewiesenen Personen zu berücksichtigen. Unser Einkommensteuergesetz hat dieser Forderung schon bisher insofern Rechnung getragen, als es Steuerpflichtige, die bei einem jährlichen Einkommen von 3000 Mk. oder weniger eine Familie ernähren, zu der mehr als vier Personen gehören, geringer besteuert. Der jetzt vorliegende Entwurf sieht eine Erweiterung dieses Kinderprivilegs vor. Aber dabei bleibt er auch stehen und berücksichtigt nicht, daß mit demselben Recht, mit dem Familienväter uvm. entlastet werden, alleinstehende Steuerpflichtige stärker belastet werden können. Wenn beim Kinderprivileg die individuellen Verhältnisse berücksichtigt werden, ist es nicht zu verstehen, daß sie bei dem Alleinstehenden ganz außer Betracht bleiben. Ist das freie, d. h. den unbedingt notwendigen Lebensunterhalt übersteigende Einkommen der ersteren verhältnismäßig gering und daher schonungsbedürftiger, so ist das Einkommen der Alleinstehenden verhältnismäßig groß und daher steuerkräftiger. Die stärkere Belastung der Alleinstehenden war vor kurzem nirgends Rechts. Der Grund wird darin zu finden sein, daß die Wissenschaft ihre Gedanken nicht zu Ende gedacht und daß die praktische Durchführung gewisse legislatorische Schwierigkeiten hat. Heute wird aber der Gedanke der stärkeren Belastung der Alleinstehenden nicht mehr nur theoretisch vertreten, sondern hat schon zweimal eine gesetzgeberische Verwirklichung gefunden.

So bestimmt das Einkommensteuergesetz in Neuß Art. 10 Abs. 1 Nr. 1 vom 21. Dezember 1911 im § 19 Abs. 4: „Von unverheirateten Steuerpflichtigen über 30 Jahre wird ein Steuerzuschlag erhoben, welcher in den Einkommensteuerebenen von mehr als 3000 Mk. bis 6000 Mk. 5 Proz., in den Einkommensteuerebenen von über 6000 Mk. 10 Proz. der zu entrichtenden Steuer beträgt. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Personen, welche verheiratet gewesen sind oder unterstützungsbedürftigen Angehörigen Unterstützungen gewährt, die insgesamt mehr als ein Sechstel des Gesamteinkommens betragen.“ Ferner hat der Reichstag in seinem neuen Personaleinkommensteuergesetz einen Zuschlag von 15 bzw. 10 Proz. für diejenigen vorgesehen, die in ihrem Haushalt für niemanden oder nur für eine zweite Person zu sorgen haben. Die beiden Beispiele verschlagen ja gewiß noch nicht viel, aber sie zeigen doch, daß eine neue Idee im Vordergrund begriffen ist. Zur Begründung dieser Behauptung sei darauf hingewiesen, daß die stärkere Belastung der Alleinstehenden in letzter Zeit auch in den Landtagen von Preußen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg diskutiert worden ist. Ueber die Verhandlungen in Oldenburg hat die Kommission trotz mehrfacher Bemühungen nur erfahren können, daß ein Antrag vorgelegen hat, wonach unverheiratete Personen im Alter von mehr als 30 und weniger als 50 Jahren, falls sie ein Einkommen von mehr als 4200 Mark besitzen, zu den Gemeindeabgaben mit einem Zuschlag von 10 Proz. herangezogen werden sollen. In Mecklenburg hat der Landtag bei Beratung des neuen Einkommensteuergesetzes im Jahre 1911 zunächst für alle unverheirateten über 30 Jahre alten Männer einen Steuerzuschlag von 25 Prozent beschlossen, wenn sie nicht für Familienangehörige, die mit ihnen zusammen wohnen, gesetzlich zu sorgen haben, dann sich aber auf die Bitte um Vorschläge wegen Einführung einer Junggesellensteuer beschränkt. Die Regierung lehnte jedoch ab, solche Vorschläge zu machen, mit der Begründung, die ganze Frage sei noch wenig geklärt, zudem seien „nicht allein die ledigen Männer, sondern auch die ledigen Frauen und weiter auch kinderlose Witwen und Witwen“ steuerkräftiger als Steuerpflichtige, die für eine Familie zu sorgen hätten usw. Endlich sind in Preußen bei der kommissarischen Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Abänderung des Einkommensteuergesetzes uvm. vier verschiedene Anträge, betreffend stärkere Besteuerung der Junggesellen (= unverheiratete über 30 Jahre alte Männer) bzw. aller über 30 Jahre alten alleinstehenden Männer, gestellt worden, die Steuerzuschläge von 10 Proz., 20 Proz., und 25 Proz. für die Steuerstufen von 2100 Mk. bzw. 3000 Mk. bzw. 4200 Mk. bzw. 6500 Mk. an für immer oder bis zum 60. Lebensjahre forderten. Wegen Auflösung des Landtages ist das Gesetz aber nicht zur Verabschiedung gekommen, auch hat die Formulierung der Anträge manche Beanstandung erfahren.

Diese Vorgänge haben die Kommission veranlaßt, die stärkere Belastung der Alleinstehenden in Erwägung zu ziehen, und sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Idee gut und durchführbar ist und nur ihre Formulierung bisher meist zu wünschen übrig ließ. Die Kommission hält es nämlich für ungerechtfertigt, bestimmte Kategorien von Alleinstehenden, zum Beispiel die heiratsfähigen ledigen Männer, herauszugreifen. Sie ist von Anfang an der Ansicht gewesen, daß, wenn die Alleinstehenden stärker belastet werden sollen, die stärkere Belastung alle zu treffen hat. Denn der alleinstehende Steuerpflichtige ist also solcher leistungsfähiger, als der Ernährer einer Familie, mag er männlich oder weiblich Geschlechts, mag er jung oder alt, mag er ledig oder verwitwet oder geschieden sein. Die stärkere Belastung der unverheirateten Männer von über 30 Jahren wäre, mag der Gedanke der „Junggesellensteuer“ im engen Sinne des Wortes auch noch so populär sein, steuerpolitisch nicht zu rechtfertigen. Denn die Steuer soll nie und nimmer jemanden „strafen“; das ist nicht ihr Zweck. Auch kann es nicht als Aufgabe der Steuergebung betrachtet werden, „Junggesellen“ in die Ehe hineinzutreiben. Die Gründe, die einen Mann veranlassen, nicht zu heiraten, sind zudem zum Teil doch derartige, daß jeder sie anerkennen und billigen muß, zum Beispiel bei unheilbar Kranken. Niemand soll also mehr zahlen, weil er unverheiratet ist, obwohl er verheiratet sein könnte, sondern weil er als Alleinstehender ein größeres freies Einkommen hat. Auch das verwaiste wohlhabende Kind kann sehr wohl mit einer höheren Steuer belegt werden. Jeder, der allein steht und für niemand anders gesetzlich zu sorgen hat, kommt für eine stärkere Besteuerung in Frage. Die eine Ausnahme ist allerdings selbstverständlich zu machen: wer Familienangehörige zu ernähren

gesetzlich verpflichtet ist, hat keinen Zuschlag zu zahlen; denn er ist nicht steuerkräftiger als der verheiratete Steuerpflichtige. Die Kommission war anfangs geneigt, alle alleinstehenden Steuerpflichtigen, die keine Familienangehörigen zu ernähren haben, mit dem gleichen Zuschlag zu belegen, hat aber später doch einige Unterschiede gemacht. Zunächst möchte sie aus sozialen und aus praktischen Gründen alle Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 2100 Mark von der vorgeschlagenen stärkeren Belastung ausnehmen; auswärts ist es ebenso oder ähnlich gemacht oder doch vorgeschlagen. Sie hat weiter geglaubt, zwischen den ledigen und den verwitweten Steuerpflichtigen doch eine gewisse Unterscheidung vorzunehmen zu sollen. Ein Steuerpflichtiger, der seinen Ehegatten durch den Tod verloren hat, muß ohne Frage mehr zu seinem Lebensunterhalt aufwenden, als einer, der nie verheiratet war. Die stärkere Besteuerung der Steuerpflichtigen, deren Ehe durch den Tod gelöst ist, wird ferner naturgemäß besonders hart empfunden werden. Sie glaubt aber, diese Bedenken für die verwitweten Steuerpflichtigen außer acht lassen zu können, die mehr als 10000 Mk. Einkommen haben; derart hohe Einkommen können sehr wohl mit einem Zuschlag belegt werden. Für die ledigen Steuerpflichtigen bringt die Kommission zwei verschiedenen hohe Zuschläge in Vorschlag, einen von 10 % für die Einkommen von 2100 Mark bis 10000 Mark und einen von 20 % für die Einkommen über 10000 Mark. Der Zuschlag von 20 % ist nach Meinung der Kommission nicht zu hoch; denn die Steuerpflichtigen, die ihn zu zahlen haben, stehen sich bei ihm finanziell noch immer besser, als wenn sie eine Familie zu ernähren hätten. Für verwitwete alleinstehende Steuerpflichtige glaubt die Kommission einen Zuschlag von 10 % empfehlen zu sollen.

Die Kommission verkennt nicht, daß der Zuschlag für die alleinstehenden Steuerpflichtigen gelegentlich eine ungerechtfertigte Härte bedeuten kann. Sie hat deshalb im § 7 vorgeschlagen, daß die Steuerbehörde die Minderziehung der Steuerzuschläge anordnen kann, wenn die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen durch besondere Umstände, zum Beispiel auch Unterhalt mittelloser Angehöriger, beeinträchtigt ist, und erwartet, daß die Steuerbehörde von dieser Möglichkeit gegebenenfalls stets Gebrauch machen wird. Nun wäre noch der Einwand möglich, daß die Einführung dieses Zuschlages die Zwanderung nach Lübeck und die Abwanderung von Lübeck ungünstig beeinflussen könnte. Das ist nicht in Abrede zu nehmen, wenn auch die Mehrzahl der Menschen gar nicht in Abrede ist, beliebig ihren Wohnort zu wechseln. Aber die Kommission ist doch einstimmig der Meinung, daß Lübeck dadurch keine finanzielle Einbuße erleiden wird, daß etwaige Ausfälle im Steuerertrag infolge Abwanderung durch den Ertrag der Zuschläge mindestens werden ausgeglichen werden. Ueberdies ist fest zu erwarten, daß der Gedanke der stärkeren Belastung der Alleinstehenden ständig mehr Anklang gewinnen, binnen nicht allzu langer Zeit auch in anderen Bundesstaaten Gesetzestraft erlangen und dann die Steuerflucht sehr erschweren wird. Lübeck hat jetzt Gelegenheit, im gerechteren Ausbau seiner Einkommensteuer mit gutem Beispiel voranzugehen und einer guten Idee zum Siege zu verhelfen. Da es sich bei diesen Bestimmungen um Neuerungen handelt, über die Erfahrungen noch nicht gesammelt sind, hat die Kommission einen neuen § 29 vorgeschlagen, wonach die Vorschriften des § 6 nach fünf Jahren einer Revision zu unterziehen sind.

Zum Ausstand der Werftarbeiter. Nach einer Notiz im „Samburger Fremdenblatt“ vom Dienstag, dem 26. August, die auch in anderen bürgerlichen Zeitungen erschienen ist, sollen die Mieter und Bohrer, zwei Hauptkategorien der Werftarbeiter, beschlossen haben, dem Vorgehen der Holzarbeiter entsprechend, die Arbeitsnachweise nicht anzuerkennen. Der Streik würde damit in den Unterwerferorten zweifellos fortgesetzt. Das ist wieder so eine unwahre Sensationsnachricht der bürgerlichen Presse, wie sie sie bei dieser Bewegung schon öfter gebracht hat. Die Mieter und Bohrer der Werften in Bremerhaven und Geestemünde sind schon in Arbeit, soweit sie von den Werften eingestellt worden sind. Die übrigen, die noch nicht eingestellt wurden, haben keinerlei Beschlässe gefaßt. Sie sind vielmehr bereit, die Arbeit aufzunehmen, wenn die Einstellung wieder beginnt. Nur bei den Holzarbeitern ist die Frage noch nicht entschieden; sie beschließen sich aber zurzeit damit, und es wird auch dort das letzte Hindernis bald aus dem Wege geräumt sein. — Zum Stettiner Werftarbeiterstreik wird uns telegraphisch gemeldet, daß die Holzarbeiter, Mieter und Schiffszimmerer am Dienstag beschlossen haben, unter den bekannten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen.

b. Schöffengericht am 26. August. Fünf Finger und ein Griff. Für 600 Mark Waren hat der junge Kutscher M. beim Umzuge von Karstadt gestohlen. Alles mögliche packte M. ein und sandte es seinen auswärts wohnenden Stiefeltern. Als diese durch die vielen Pakete überrascht wurden, fragten sie bei ihrem Sohne brieflich an, ob die Herrlichkeiten auch auf rechtmäßigem Wege erworben seien. Dies wurde von dem Karitätenjammler natürlich bejaht, der nebenbei noch schrieb, sie sollten sich nur nehmen, was sie brauchten, das andere soll für ihn aufbewahrt werden. Durch diese Aufbewahrung kamen sie in den Verdacht der Hehlerei, die weiter erwiesen sein soll durch einen bei dem Stiefsohn vorgefundenen und an die Eltern gerichteten Brief, in dem die Worte unserer Stigmata standen. Der Stiefsohn ist geständig, er wird zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt; die Eltern werden wegen Begünstigung zu je 40 Mark Geldstrafe verurteilt, der Stiefbruder wird freigesprochen. Erschwerend kam für den unterstraften Kutscher in Betracht, daß er sich das Unglück der Firma zunutze gemacht hat. — Billige Kaffee bezog die Arbeiterin K. von ihrer Arbeitsstelle, wo sie mit dem Verlesen der Kaffeebohnen beschäftigt war. Sie nahm hin und wieder einige Hände voll mit und ließ sich von der Ehefrau A. davon Kaffee kochen, weil sie sehr lange arbeiten mußte und keine Zeit dazu hatte. Sie sollte sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht haben, wird aber freigesprochen. Frau K. erhält wegen Mordraubs 2 Wochen Haft, die durch die dreiwöchige Untersuchungshaft verbüßt sind. — Als Dauerredner vor Gericht produzierte sich der frühere Barbier L. — die letzten Jahre Gast in der Armenanstalt — der ein Fahrrad gestohlen haben soll. Nach seiner Angabe hat er es von einem Unbekannten gekauft und drei Mark sowie eine Flasche Röm dafür anbezahlt. Bei der polizeilichen Vernehmung habe er keine Antwort gegeben, weil ihm ein Beamter auf der Wache eine Ohrfeige gegeben habe. Die „Sprachgewandtheit“ hatte den Erfolg, daß das beantragte Strafmaß von drei auf 5 Monate Gefängnis erhöht wurde. — Ein 17jähriger Formerlehrling kam mit einigen Gefellen in Streit, nachdem er mit ihnen am Bierisch geessen hatte. Diese verbatnen sich den Gesang des Stiefes und das Einhalten in den Bruderkbund. Als die Worte vergeblich geredet wurden und der Lehrling sich zur Kräftemessung bereitstellte, wurde er von den dreien ganz gehörig verprügelt. Die Auflage war ziemlich kräftig, denn das Auge war blutunterlaufen und das blutige Vorhemd zeugte noch anderen Tags von dem nächtlichen Kampf. 8 Tage konnte der Lehrling nicht seinem Beruf obliegen. Das vorlaute Wesen des Lehrlings kommt den Angeklagten zugute. Sie werden wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung unter Annahme milderer Umstände verurteilt: Former S. zu 60 Mark, Stukaturer S. und Arbeiter W. zu je 40 Mark Geldstrafe. — Routinierter Schwindler. Der Arbeiter K. hatte längere Zeit im Gefängnis gesessen und war eben

entlassen worden. Er benutzte die ersten Tage der Freiheit gleich wieder zu neuen Schwindeleien. Mehrere Fahrradhändler mußte er zu überreden, ihm die Räder leihweise zu wichtigen Besorgungen zu überlassen. Es gelang ihm auch, das Vertrauen der Leute zu täuschen, indem er sich den Anschein eines Beamten gab. In Schwartau machte sich R. an einen Kutscher heran. Um diesen gehörig zu pressen, setzte er eine Bahnmühle auf, lud ihn zum Kinobesuch ein und empfahl ihm abends, noch einen Hosenwechsel vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit stahl er ihm aus der anderen Hosen seine ganze Barchart. Die große Unverschämtheit des Vorgehens wurde besonders gewürdigt. Er erhielt 1 Jahr Gefängnis.

Ingenieur Kreyman, der Gründer der Lübecker Seemaschinenschule und später Leiter der vom Staat übernommenen Anstalt, ist Dienstag mittig im Alter von 58 Jahren gestorben. Kreyman, der kein Akademiker, dafür aber ein aus dem Praxis hervorgegangener außerordentlich fähiger und kenntnisreicher Mann war, hat die hiesige Anstalt zu bedeutendem Ansehen gebracht.

Arbeiterriß. Montag nachmittag 3 1/2 Uhr ereignete sich auf den Lübecka-Werken ein bedauerlicher Unfall. Der Stanger Köhler geriet mit der rechten Hand in die Stanze, wodurch ihm drei Finger gänzlich und weiter das erste Glied des Zeigefingers abgeschritten wurden. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte R. dem katholischen Krankenhaus zugeführt werden.

Selbstmordversuch im Polizeibureau. Ein aufregender Auftritt ereignete sich im Bureau der Kriminalpolizei. Ein schon mehrfach vorbestrafter Schneider D. sollte gefesselt wegen Betruges verhaftet werden. Als ihm dies auf der Kriminalpolizei mitgeteilt wurde, bat er, einen Augenblick austreten zu dürfen. Auf dem Abort leerte er dann eine Flasche mit Salzsäure. Der Mann wurde sofort dem Krankenhaus zugeführt, doch ist es zweifelhaft, ob eine Rettung möglich sein wird.

Handelsregister. Am 25. August 1913 ist eingetragen I. bei der Firma Legtmeyer u. Co., Lübeck: Die Procura des Paul Wilhelm Legtmeyer ist erloschen. Der Kaufmann B. W. Legtmeyer in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die dadurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 21. August 1913 begonnen; 2. die Firma August Dimpfer, Lübeck; alleiniger Inhaber H. S. Ph. Dimpfer, Kaufmann in Lübeck.

Deutsche Vieheinfuhr aus Dänemark. In der Woche vom 17. bis 23. August wurden von Dänemark nach Deutschland 2641 Stück lebendes Vieh eingeführt. Davon kamen nach den Quarantänen in Apenrade 885, Flensburg 200, Kiel 229, Lübeck 875, Rostock 400 und Altona 420 Stück. Im geschlachteten Zustande wurden eingeführt 750 Stück Großvieh, 825 Kälber, 75 Schafe und 85 Schweine.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Donnerstagabend werden wir Herrn Albert wieder in einer seiner Glanzrollen als Abr in dem reizenden Lustspiel von Krüze „Standhafte Liebe“ sehen; in welcher Rolle er an diesen ersten Theatern glänzende Erfolge erzielte. Auch am hiesigen Stadt-Theater wurde das Stück mit ihm vor fünf Jahren gegeben. Die anderen Hauptrollen spielen Fräulein Reichardt und Herr Wallis. Freitag ist das Gastspiel des Operettensomiers Frh. Langendorf in „Filmzauber“, dem ein vorzüglicher Ruf vorausgeht. Sonnabend wird „Wieselfen“ wiederholt und Sonntag „Puppen“ mit demselben Gast als Puppchen. In Vorbereitung ist die wertvolle Komödie von Arthur Schnitzler „Liebele“, „Gabriel Schillings Flucht“ und „Schefferten“; die letzten beiden für diese Saison erworbenen Novitäten.

E. Eutin. Gemeinderatssitzung. Am Montag, dem 26. d. M., hielten unsere Stadtväter wieder eine Sitzung ab. Handelt es sich doch um die Kritik des hiesigen Anzeigers, welche an der vorigen Gemeinderatssitzung betreffs Ausschluß der Öffentlichkeit geübt worden ist. Es war erregend mit anzuhören, wie unsere unentwegten Stadtväter ordneten um das Wohl und Wehe der Bürger resp. Wähler besorgt sind. Besonders dem Vorsitzenden, Herrn Krügfeld, scheint dieser Artikel recht unangenehm gewesen zu sein, denn durch einen Antrag, welcher auch angenommen wurde, ließ er sich bescheinigen, daß er richtig und korrekt gehandelt hätte. Aber man kann das Gebahren verstehen und dem Herrn Krügfeld mildernde Umstände zubilligen, denn bis jetzt ist eben zu allem Ja und Amen gesagt worden und auch die Bürgerchaft hat sich alles in Ruhe und Geduld aufbürden lassen, ohne ein Wort der Mißbilligung von sich zu geben. Wir denken da an den Realschulneubau, ferner an die sich bildende Garnison; beides legt der Stadt ungeheure Kosten auf und steht in keinem Verhältnis zu dem Nutzen, den die Stadt davon haben soll. Vernünftigerweise nahmen einige der Herren den Artikel nicht so tragisch. Sie gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß noch gar nicht genug Kritik an ihren Handlungen und Beschlüssen geübt würde. Erwähnt sei noch, daß besonders Gen. Nebenstorf darauf hinwies, daß wer sich in solche Körperschaften wählen lasse, sich damit abfinden muß, daß seine Handlungen gebührend beleuchtet werden. Nachdem diese Debatte zu Ende war, sollten die Tischlerarbeiten am Realschulneubau vergeben werden. Eine Einigung darüber konnte nicht erzielt werden; mit dem Vorschlag des Bürgermeisters, dieses in einer anderen Sitzung zu erledigen, erklärte man sich einverstanden.

Mölln. Lohnbewegung. Für die Speicherarbeiter der Firmen Richelsen u. Sohn und G. F. Holz in Mölln besteht bis zum 31. August 1913 ein Tarifvertrag. Zweck Abschlußes eines neuen Tarifs wurden Verhandlungen eingeleitet. Die Firmen verlangen, daß die Arbeiter noch weitere drei Jahre für den bisherigen alten Lohn weiter arbeiten. Da die Arbeiter sich berechtigterweise weigern, suchen die Firmen in bürgerlichen Zeitungen Arbeitswillige, die am 1. September in Tätigkeit treten sollen. Wir erlauben dringend, keine Arbeit bei den genannten Firmen anzunehmen. Deutscher Transportarbeiterverband. Gau 11.

Kiel. Militärische Gerechtigkeit. Ein aufreizendes Urteil fällt das Kriegsgericht der Aufklärungsstelle in Kiel. Angeklagt waren der Maschinistenmaat Behrens wegen Mißhandlung eines Untergebenen und der Heizer Pauli wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten. Beide gehörten zur Besatzung des großen Kreuzers „Göben“, der sich im Mittelmeer befindet. Am 5. Juni, als das Schiff vor Venedig lag, soll sich der Heizer Pauli im Heizraum am Sprachrohr ungeschickt benommen haben. Der Maschinistenmaat Behrens schätzte ihn vom Sprachrohr weg mit den Worten: „Sie sind zu dumm, das Sprachrohr zu bedienen!“ Der Heizer soll nun andauernd „gekurrert“ haben, wie sich der Maschinistenmaat recht geschmackvoll vor Gericht ausdrückte. Der Heizer bestritt, „gekurrert“ zu haben, der Maat habe ihn dagegen eine „faule Sau“ genannt. Das bestritt der Maat wieder. Der Heizer antwortete dem Maaten: er sei nicht faul. Der Maschinistenmaat nahm darauf ein schmerzhaftes Stück von einem Chamottstein und warf damit nach dem Heizer. Er traf ihn an einer sehr empfindlichen Stelle am Unterleib. Der Heizer schrie vor Schmerz laut auf und weinte heftig. Er geriet dann über die schmerzhaften Miß-

handlung in große Erregung. Ein Zeuge sagte aus, ihm stand Schaum vor dem Mund. Er nahm seinen Holzschuh und warf damit nach dem Maschinenmaat, jedoch ohne zu treffen, dann stürzte er sich zweimal auf den Vorgesetzten und packte ihn am Hals. Ein anderer Heizer riß den Wütenden zurück und beruhigte ihn wieder. Im bürgerlichen Leben nennt man das Verhalten des Heizers Nothwehr und vor einem bürgerlichen Gericht müßte er straffrei bleiben. Beim Militär gibt es jedoch gegen Vorgesetzte keine Nothwehr, und wenn ein Untergebener von einem Vorgesetzten zu Tode geprügelt wird, er darf sich nicht wehren. Der Heizer Paul kam vors Kriegsgericht wegen „tätlichen Angriffs“ gegen einen Vorgesetzten. Da das Vergehen im Dienst und vor versammelter Mannschaft und mit einem gefährlichen Werkzeug geschehen war, ist die Mindeststrafe zwei Jahre Gefängnis. Das Kriegsgericht ermäßigte jedoch diese Strafe auf Grund des § 98 W.-Str.-G., weil der Heizer durch die Behandlung des Vorgesetzten zur Tat gereizt worden ist. Es erkannte jedoch trotzdem auf die hohe Strafe von neun Monaten und einen Tag Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde voll in Anrechnung gebracht. Der Maschinenmaat, der durch den Steinwurf den Heizer in so maßlose Erregung versetzt hatte, kam billig davon. Er erhielt nur drei Monate Gefängnis. Die Degradation wurde nicht ausgesprochen. Er kann also immer noch Vorgesetzter sein und weiter mißhandeln. — Angesichts solcher

Urteile muß auch der Letzte zu der Ueberzeugung kommen, daß ein System, das solche Urteile zuläßt, aufs äußerste bekämpft werden muß.

Sätze. Automobilunfall. Auf der Chaussee Breeßen-Langsdorf überschlug sich der Kraftwagen des Herrn v. Randow auf Gramnow bei einer scharfen Kurve. Herr v. Randow erlitt leichte Verletzungen. Dem Lenker des Kraftwagens wurde die Schulter gebrochen. Auch hat er wahrscheinlich innere Verletzungen davongetragen.

See. Bei einer Bootfahrt ertrunken. Aus Leer wird berichtet: Fünf beim Anstreichen der Ledabrücke beschäftigte Arbeiter unternahmen Montag abend zwischen acht und neun Uhr eine Bootsfahrt. Das Boot kenterte und die Insassen stürzten ins Wasser. Zwei konnten sich durch Schwimmen retten. Die Arbeiter Ohlen, Water von sechs Kindern, Paris, Water von drei Kindern, und Fischer sind ertrunken. Die Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Lüneburg. Zermalmt. Vom Zuge überfahren und getötet wurde ein auf der Zementfabrik beschäftigter, 27 Jahre alter Arbeiter Heinrich Hinz. Er hinterläßt eine Witwe mit einem Kinde.

Bomlich (Kreis Lüneburg). Durch Schwefelsäure verbrannt. Auf schreckliche Weise ist hier ein 21jähriger Maurergeselle ums Leben gekommen. In der Nähe seiner Arbeitsstelle entgaste eine Lore, in der sich Schwefelsäure befand, und tippte um. Der Inhalt des Säurebassins ergoß

sich über den Arbeiter, der am ganzen Körper schwer verbrannt wurde. Nach längerem qualvollem Leiden starb er.

Soziales.

Die Krankenkassenwahl in Nordhausen. Durch die Reichsversicherungsordnung ist es den Unternehmern ja so leicht gemacht worden, die Krankenkassen völlig ihrem Einfluß zu unterwerfen. Sie lassen daher jetzt an Orten, an denen sonst an eine andere Liste, als die des Gewerkschaftskartells nicht gedacht wurde, unternehmerfreundliche Arbeiterlisten aufmarschieren. So war es auch in Nordhausen. Gelbe und Hirsche, Christliche und Unorganisierte, leidet auch ein freitragender Buchdrucker waren die Kandidaten. Und besonders waren es die freisinnigen Unternehmer und ihre Presse, die sich dafür ins Zeug legten. Von 3128 abgegebenen Stimmen erhielten die „Gelben“ 197. Immerhin entfällt ein Vertreter auf sie, während die übrigen von den Vertrauensmännern des Kartells besetzt wurden. Aber die Fronte des Schicksals will es nun, daß gerade der freitragende Buchdrucker der Erwählte der Gelben ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Büttel am Donnerstag, dem 28. August 1913
vormittags von 8 Uhr ab an der **Sölftenbrücke** und **Sürtortorbrücke.**

Komitee- und Kommissionssitzungen
Lassallefeier-Komitee.
Sitzung am Freitag, dem 29. August 1913 abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzsenden beim Beerdigung meines lieben Mannes sage dem Deutschen Transportarbeiter-Verband innigsten Dank. (6350)

Frau C. Bendfeld.
Damen- od. Herrensneider (6359) gesucht. **M. Furböter,** Friedemannstr. 12.

Gel. eine 2-Zimmer-Wohnung (part.) für einz. Leute im Breite b. 220 M. Ang. unter Sch. 15 an die Gr. d. Bl. (6352)

Gebrüder. Leeres Zimmer zu verm. (6353) **Gländorffstr. 13, II.**

Ein gut erhaltenes Fahrrad m. Freilauf u. Rücktritt zu verkaufen. (6349) **Belcherstr. 24.**

Gut erb. Behrockanzug zu verkaufen. (6351) **Möb. Waisenmauer Str. Hinterh. II.**

Tisch und Sofa zu verkaufen. (6361) **Schmiedestr. 11, I.**

Wagenräder jeder Größe. (6360) **A. Stahlberg,** Kanalstr. 47.

Auf **Untermaans Koppel** (Friedhof-allee) **Gartenbude** zu verm., ev. auch Land z. pachten. Näheres in der Gr. d. Bl. (6362)

Achtung! **Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.** **Zahlstelle Lübeck.** **Zürich Stockelsdorf.**

Sammeln der Kollegen zum Gewerkschafts-Ausflug am Sonntag, dem 31. August, mittags 1 1/2 Uhr im Lokale von Heiner Dose. Die zahlreichste Beteiligung erwünscht. **Die Distriktsleitung.**

Persil
das selbsttätige **Waschmittel**
Stärkewäsche
wird an den Rändern nicht so leicht rau, da Persil allen Schweiß, Schmutz und Staub ohne Reiben und Bürsten von selbst löst und vollkommen beseitigt. Also grösste **Schonung des Gewebes** bei garantierter Unschädlichkeit. Jeberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda**

„CINES“
Hansa-Theater
Variété und Lichtspiele
in künstlerischer Vollendung
Eröffnung 29. August
Sitzplätze von 50 Pfg. an aufwärts

Gelegenheitskauf moderne Gar-nitur durch Zu-fall nur 90 Ml. Prachtvolle Salon-carnitur, fast 200 Ml. nur 165 Ml. **Mart, Sofas, Vertikos, Spiegel, Kästis, Tische, Schreibtische, Trumeaus, Lederstühle, Schlaf-stimmer, Küchen u. a. m. billig.** Lager **Schwarzstr. 83.** (5791)

Glasscheiben aller Art billigst, auch im einzelnen. **Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4.4 an.** **Oscar Fauchnitz,** Fensterglas-Handl. **Hüxter-Allee 13. — F. 808. (405)**

Rechnungsformulare **Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.** **Johannisstraße 46.**

Hintze & Stech
Grösste Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moisinger Allee 60.

Gewerkschaftskartell Stockelsdorf.
Ausflug der **Gewerkschaften nach Schwartau** am Sonntag, 31. August, im Lokale des Herrn Piquardt.
Daselbst:
Konzert, Tanzbelustigung und Sonstiges.
Abmarsch präzise 2 Uhr vom Marktplatz Stockelsdorf.
Festrede.
Rückmarsch 9 Uhr abends.
Laterne mit 2 Lichtern sind auf dem Platze zu haben. Preis 10 Pfg.
Preis der Karte 30 Pfg. (6354) **Das Komitee.**

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Grösste Auswahl.
1) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lübecka-Rabattmarken.

Käselager Oldekop nur Hüxstraße 83/85.

Noch nie dagewesen.

Tilsiter Volfett Pfd. 50, 60 u. 70 Pfg.

Vollfette Limburger Pfund 40 und 50 Pfg. **6323** **Trotz dieser bill. Preise 5% Rab.**
Verkauf nur Hüxstr. 83/85.

Zentral-Hallen
Dankwartgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.
Ordentliche General-Versammlung am 1. September 1913 abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- u. Rassenbericht vom 2. Quartal 1913.
2. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.
3. Bewilligung von 8000 Mf. zur Anschaffung einer automatischen Brotteig-, Wirk- und Abwiegemaschine.
Anteilscheine legitimieren.
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.
Der Vorstand. (6340)

Lübecker Sommer-Theater i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert. **Donnerstag, den 28. August: Standhafte Liebe**

Verlustspiel von G. Krufe. **Lourengeau** — — Hans Wallis. **Abt v. St. Germain** — Ernst Albert. **Tienette** — — Magda Reichardt. **Freitag, den 29. August:** Der entzückende Operettenschlager **Filmzauber.**

Gastspiel des bekannten Operettenkomikers **Fritz Langendorf** als **Mufenfest.** **Sonnabend, den 30. August:** Zum 2. Male. **Wieselehen.**

Sonntag: Puppchen. In Vorbereitung **Liebeleli** (Schwibler) **Schillings Flucht** (Daupmann). **Eheferien** (Wetterhausen). (6338) **Anfang stets 8 1/4 Uhr.**

Das preussische Reichstagswahlrecht.

Das deutsche Reichstagswahlrecht ist jetzt mehr als fünfzig Jahre alt, und immer noch verheißt der Artikel 20 der deutschen Reichsverfassung die gesetzliche Regelung des Wahlrechtes.

Heute ist das Reichstagswahlrecht in seinen Grundlagen und noch mehr in den Wirkungen nichts weiter als der Blutsverwandte des preussischen Dreiklassenwahlrechts.

Die Reichstagswahl von 1912 muß dabei mit der Volkszählung von 1910 verglichen werden, das ist ein Mangel der Statistik, der unsere Forderung auf Neueinteilung der Reichstagswahlkreise nur unterstreichen kann.

Table with 3 columns: Jeder preussische, vertritt im Reichstage, Seelen. Rows include Antisemit, Konservativ, Reichsparteiler, Fortschrittler, Welse, Zentrumsmann, Wole, Nationalliberale, Sozialdemokrat.

Die Parteispitzkerchen wie Wilde, Dünen, Deutscher Bauernbund lassen wir außer Betrachtung, sie ändern das Bild nicht. Die Zusammenstellung zeigt uns, daß jeder preussische sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag an der Bedeutung seiner Vertretungsaufgabe gemessen, weit über 100 Proz. mehr bedeutet, als ein Konservativer, ein Antisemit, ein Reichsparteiler, ein Fortschrittler oder ein Welse!

Recht charakteristisch ist, daß aber auch innerhalb der einzelnen Parteien die preussischen Reichstagsabgeordneten ganz verschieden bewertet werden. Der Konservative Schwerin-Löwzig ist auf Grund der Seelenzahl seines Wahlkreises mit weniger als halb so viel Berechtigung in den Reichstag eingezogen wie sein Parteifreund Graf von Carmer-Tiefertwig aus dem Landkreise Breslau-Neumarkt.

Noch charakteristischer ist, daß gegenüber dem nationalliberalen Bürgermeister Lafer vom Kreise Angerburg-Löben der Nationalliberale Heckmann aus Buchum-Gelsenkirchen zehnfach wichtiger ist, denn er vertritt das Zehnfache an Seelenzahl, was der Bürgermeister Lafer aufbringt.

Am aller schlechtesten — und das ist ja der eigentliche Zweck des ungleichen Reichstagswahlrechtes — geht es aber den Sozialdemokraten. Unser Genosse Cohn vertritt den Kreis Nordhausen und damit 82 576 Seelen, Genosse Jubel wurde von dem Kreise Teltow-Beeskow in den Reichstag geschickt, er vertritt 13 156 01 Seelen!

Die eben vorgeführten Ziffern sind bündigster Beweis für das schandbare Unrecht, das dem deutschen Volke angetan wird, weil die Regierung seit mehr als 50 Jahren keine Lust zeigt, ihr mit der Verfassung gegebenes Versprechen zu halten. Wenn die Arbeit, die uns als Vorfrucht 111 Sozialdemokraten eingetragen hat (davon 51 in Preußen) uns immer neue und reichlichere Ernte bringen soll, dann muß der Reichstag sofort nach seinem Wiederzulentreten die Neueinteilung der Wahlkreise vornehmen. Jetzt ist das Reichstagswahlrecht, mit einem Wort gekennzeichnet: p r e u ß i s c h.

Aus der Partei.

Die Kontrollkommission hat nach dem Tode des Genossen Staben mit der Wahrnehmung der Geschäfte ihres Vorsitzenden den Genossen Fr. Brühne beauftragt. Alle Beschlüsse, die jetzt noch vor dem Parteitag in Jena an die Kontrollkommission gehen sollen, müssen deshalb an den Genossen Fr. Brühne, Frankfurt a. M., Bleidenstraße, gerichtet werden.

Der Tod des Genossen Bebel hat gerissenen Geschäftleuten Anlaß gegeben, allerlei wertlose Produktionen als sogenannte Andenken an den teuren Toten zu offerieren. Es werden u. a. Bilder, Feuerzeuge, Zigarrenabschneider, Vorstrecknadeln usw. angeboten. Wir warnen dringend vor dem Ankauf dieser und ähnlicher Gegenstände.

Gebärstreiks-Lorcheiten.

Eine Berliner Versammlung, die sich am letzten Freitag mit diesem Thema beschäftigte, gibt der bürgerlichen Presse Anlaß zu mancherlei Betrachtungen. Seit einiger Zeit bemühen sich einige der Sozialdemokratie angehörende Berliner Ärzte innerhalb des Proletariats für die Einschränkung der Kinderzahl Stimmung zu machen, und niemand wird leugnen, daß sie sich dabei von menschenfreundlichen, in einzelnen Fällen durchaus angebrachten Erwägungen leiten lassen.

Der Geburtenrückgang ist eine unbestreitbare Tatsache, die in allen Kulturländern in Erscheinung tritt. Er nimmt seinen Ausgang von den besitzenden Klassen und dehnt sich von

diesen auch auf weitere Bevölkerungskreise aus in dem Maße, in dem gewisse hier nicht näher zu berührende Kenntnisse sich ausbreiten. Anlaß dazu geben keine privatwirtschaftliche und persönliche Gründe: der Wunsch, den Haushaltsetat nicht durch eine so große Zahl von Mitleidern zu belasten oder die Sorge um die körperliche Leistungsfähigkeit der Frau.

Für die bürgerliche Gesellschaft ist dieser von ihr selbst hervorgerufene Geburtenrückgang eine schwere Verlegenheit. Verminderung der Geburten bedeutet Verminderung der Soldaten, Verminderung der zur Verfügung stehenden einheimischen Arbeitskräfte. Durch den Stillstand der Bevölkerungszunahme ist die französische Republik in eine Lage gekommen, in der ihr die nationale Verteidigung aus eigener Kraft nicht mehr möglich scheint, sie sucht Bündnisse mit anderen volkreicheren Staaten und kommt dadurch zu ihnen in das Verhältnis einer gewissen Abhängigkeit.

Von dem Geburtenrückgang hat also die Arbeiterklasse als Ganzes keinerlei Vorteil zu erwarten, und den „Gebärstreik“ zu propagieren, kann darum auch niemals die Aufgabe einer Arbeiterpartei sein. Es darf doch nicht vergessen werden, daß die stärkere Vermehrung nicht bloß für eine staatlich organisierte Nation, sondern auch für jede sprachlich, konfessionell oder sozial in sich abgeschlossene Bevölkerungsgruppe eine Quelle der Macht bedeutet.

Innerhalb des Proletariats bildet die sozialdemokratisch aufgestellte Arbeiterklasse die Elite, sie stellt in diesem Sinne wieder eine, wenn auch nicht gegen die andern streng abgeschlossene Gruppe dar. Und diese Gruppe ist die nächste, die von einer Propaganda des sogenannten „Gebärstreiks“ berührt werden müßte.

Die Aussprache in Berlin ist nur nötig geworden, weil einige dortige Genossen ihre ärztlichen Aufgaben, so wie sie sie auffassen, in eine bedenklliche Konfusion mit ihren politischen Pflichten gebracht haben. Die Stellung der Sozialdemokratie in solchen Dingen ist dabei so selbstverständlich, daß sie durch Diskussionen auch nicht um Haarsbreite verschoben werden kann.

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich muß es Ihnen glauben! Und doch ist Ihnen das wahre Glück geraubt — entwendet durch meinen Frevel!“

„Ich war es, die Sie ins Unglück gestürzt hat! Sehen Sie, ich bin einer anständigen Familie Kind — das einzige Kind. Mein Vater war ein kleiner Beamter, der all sein mühsam erpartes Geld auf meine Erziehung und Ausbildung wandte.“

„Damit du einst auf eigenen Füßen im Leben stehen kannst und nicht auf dem Mann, der dich ernähren soll, zu warten brauchst!“ Ich besuchte ein Lehrerinnen-Seminar und wurde Erzieherin in vornehmen Familien. Mit achtzehn Jahren schon zog ich in die Fremde hinaus, und kaum war ich draußen, so starben mir kurz hintereinander Vater und Mutter. So stand ich allein — mitten in einer fremden Welt.

„Sie machen mir selbst das Herz schwer, Fräulein Sanders“, jagte Haltmann, „lassen Sie die Vergangenheit doch ruhen!“

„Nein, nein! Noch nicht! Noch diesmal soll die Vergangenheit aufstehen, einmal noch will ich ihr furchtlos in das Antlitz schauen, und dann!“ — wie erleichtert klang ihre Rede jetzt, und über das keine Antlitz huschte ein glückliches Lächeln — „dann soll sie auch für alle Zeiten begraben sein!“

„Und nun fuhr sie heftig fort, und ihre Worte überstürzten sich wie die Wellen des Bergbaches, der in abschüssigem Bett über Steine und Geröll dahineilt.“

„Kennen Sie das Glend einer deutschen Erzieherin im Ausland? Das mag eine Stelle und eine Beschäftigung sein für die launsten Alltagsnaturen, die nie den Sturm der Leidenschaft durch ihr allzu korrektes Herz haben brausen fühlen, die in kühler Stille den Pfad wandeln, den das Pharisiertum der Gesellschaft als den tugendhaftesten bezeichnet — für solche mag es gut sein, Gouvernante zu werden; für eine innerlich freie Natur, die noch dazu den Glauben an die Menschheit mit in die fremde Welt hinausgenommen hat, paßt das nicht.“

„Und dann — das ist es — Sie werden ja von dem Stie-

schon gehört haben, das so oft gesungen wird, wo der leichtsinnige Sohn eines vornehmen Hauses und eine arme Erzieherin unter einem Dache wohnen müssen. Was soll ich Sie damit langweilen? So ging es mir, wie vielen anderen vor und nach mir: es kam eine Stunde, wo ich meine Vertrauensseligkeit verfluchte, wo ich verlassen, entehrt auf die Straße gestoßen wurde, und wo ich es einsehen lernte, daß das Weib so oft der Amboß ist, der von dem Hammer Mann in den Grund geschlagen wird.“

Die Erinnerung übermannte sie. Sie haßte die Hände, ihre Augen blitzten, ihre Lippen zuckten, und stürmisch wogte die Brust auf und nieder.

In diesem Augenblick gestand es sich Karl Haltmann: dies Weib war schön, wie keines, das er jemals gesehen hatte.

Er fand noch immer kein Wort der Entgegnung, aber sein Blick hing an ihr, an diesen feinen, vornehmen Zügen, an der weichen Fülle dieses dunklen Haares. Sie bemerkte es und fuhr sich mit der schlanken weißen Hand über die Stirn, als wolle sie die Gedanken fortjagen, die dort throneten.

Ein leises Schluchzen kam aus ihrer Brust. Es war mir klar, daß ich das Leben eines braven jungen Mannes vernichtet hatte, der fremd war im Strudel der Großstadt, und der in arglosem Vertrauen in diesem Strudel zu schwimmen versuchte, aber gar kein Schwimmer war.

„Ich wollte Sie im Gefängnis besuchen — man ließ mich nicht zu Ihnen; ich schrieb Ihnen, doch meine Briefe erhielt ich mit dem Vermerk zurück: „Können nicht ausgehändigt werden!“ Der Weg zu Ihnen war mir versperrt!“

Nach einem Augenblick des Schweigens fuhr sie fort: „Da wollte ich gutmachen, was ich gegündigt — ich wollte anders werden. Ich bewarb mich um eine Stellung — mit leichter Mühe fand ich sie; aber bald merkte ich, daß ich sie um deswillen so leicht gefunden hatte, weil mein Chef in mir außer seiner Korrespondentin auch noch das Weib sah. Da schüttelte ich das Schick und ging von ihm. Ein gutes Zeugnis konnte er mir nicht vorenthalten, weil dessen Hilfe ich bald eine neue Stelle fand als Buchhalterin bei der Firma Siebert u. Co., wo ich noch heute tätig bin.“

In tiefem Ernst und fast feierlich klangen ihre Worte, als sie jetzt weiter sprach:

„Und so bin ich Ihnen zweifach verpflichtet, Herr Haltmann: einmal, weil ich Sie um Leben und Jugend brachte, und dann, weil Sie der Anlaß waren, daß ich zu besseren Zielen hinzustreben begann. Sagen Sie, was soll ich tun, um Ihr Verzeihen mir zu verdienen?“

Er starrte vor sich nieder, als er langsam entgegnete: „Nur eins!“

„Welches eine?“

„Bleiben Sie auf dem Wege, auf dem Sie jetzt sind!“

„Und Sie — was verlangen Sie für sich?“

„Nichts! Denn ich bin ein geächelter Mensch, der kein Recht hat, einem andern seine Sünden zu vergeben!“

„So sagen Sie mir das eine — lassen Sie mich nicht länger verschmachten, nachdem ein freundliches Gesicht uns heute zusammengeführt hat! Sagen Sie mir: Können Sie mir verzeihen?“

Und ruhig und gleichmütig entgegnete er:

„Ich habe Ihrer kaum jemals wieder gedacht!“

„Sie? Sie hätten das Vergangene vergessen?“

„Nicht vergessen Fräulein Sanders — das kann kein Mensch! Aber Ihr Bild verjant allmählich, die Zeit legte einen Schleier darum, und ich sah in Ihnen nur ein armes, bedauernswertes Mädchen, deren es ja so viele gibt! Und dann — die Hauptschuld lag ja doch an mir — so setze bin ich nicht, für meine Taten andere verantwortlich zu machen.“

Sie reichte ihm die Hand.

„Sie sind ein guter Mensch!“

„Die Richter sprachen anders von mir!“

„Ja, die Richter! Wer sind Sie? Manchmal Männer, deren Blick nicht über den Buchstaben des Gesetzes hinausreicht, die von dem geheimnisvollen Zusammenhang der Dinge, von dem Werden einer Schuld oft keine Ahnung haben!“

Er senkte leise. Er vernahm, wenn er an das harte Strafmaß dachte, das ihn vernichtet, wie recht sie hatte.

Sie erhob sich beide von der Bank. Die Sonne sank, und kühl strich der Hauch des frühen Herbstabends vom See herüber.

„Sind Sie in Ihrer Stellung zufrieden?“ fragte er.

„Ja sehr! Es geht mir gut! Ich habe mir in einer angestrengten Tätigkeit von ein und einem halben Jahre das volle Vertrauen meiner Prinzipale erworben, und ich glaube ruhig der Stunde entgegenzusehen zu dürfen, in der sie durch irgend einen unglücklichen Zufall von meiner Vergangenheit erfahren.“

„Haben Sie Ihre Vergangenheit verschwiegen?“

Sie sah ihn groß an, als hätte er eine unerhörte Dummheit ausgesprochen.

„Selbstverständlich! Wir alle schleppen eine große Lebensläge durch dieses Dasein, und der Mensch, der einmal gefallen ist zum Lügen verdammte, wenn er vor der Gesellschaft bestehen will. Er hat nur die Wahl, zu lügen oder zu verhungern — wenn er nicht stehen kann oder will — und ich meine, so gar schwer könnte ihm diese Wahl nicht werden.“

Was nachher kommt — man muß es tragen.“

Argendwelche besondere Geistesrichtungen und öffentliche Bestrebungen, sondern auf eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung zurückzuführen ist, und daß die Schuld an der abnehmenden Volksvermehrung, soweit von einer Schuld die Rede sein kann, dem Kapitalismus und seiner Verschärfung durch die künstliche Lebensmittelverwertung zufällt.

Die Sozialdemokratie kann und muß dem Stillstand der Bevölkerungsvermehrung entgegenwirken, indem sie für die Schaffung von Verhältnissen eintritt, in denen die Zunahme der Familie für die Eltern keine allzu drückende Last bedeutet und körperlich gesunde Frauen einen körperlich gesunden Nachwuchs zur Welt bringen können. In dieser Politik liegt die Rettung der europäischen Kulturmenschenheit von dem drohenden Verfall.

Gemeinschaftsbewegung.

Der Metallarbeiterstreik in Hohenlimburg konnte am Sonnabend mit Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Das schon kurz gemeldete Renkontre mit den Arbeitswilligen macht es notwendig, darauf noch einmal einzugehen, denn in der bürgerlichen Presse, besonders aber in Scharfzüngern, wird folgende Alarmnachricht verbreitet: „Hohenlimburg, den 22. August 1913. Vorgestern abend rotteten sich Hunderte von ausständigen Arbeitern der Vereinigten Walz- und Röhrenwerke in den Straßen zusammen und verfolgten die Arbeitswilligen bis zu den Arbeitsstätten. Es kam verschiedentlich zu Tätlichkeiten. Schließlich eröffneten die Ausständigen ein Steinbombardement auf das Fabrikgebäude und die Geschäftsräume, wobei sämtliche Fenster Scheiben zerschmetterten wurden.“ Zum Schaden der streikenden Arbeiter wird die Sache so dargestellt, als hätten die Streikenden sich selbst an dem Tumult und am Einwerfen der Fensterscheiben beteiligt. Die Streikleitung erlaubt dazu folgende Erklärung: „Die infolge der begreiflichen Erregung über das Eintreffen der Arbeitswilligenkolonne (63 Hingegardisten) vorgekommenen Ausschreitungen verurteilt auch die Streikleitung auf das schärfste und stellt durch Einzelbefragungen fest: 1. Daß die Streikleitung an den dauerlichen Vorkommnissen gänzlich unbeteiligt ist, 2. daß auch die Streikposten die meist jugendlichen Personen, die sich leider zum Einwerfen von Fensterscheiben usw. hinreißen ließen, ernstlich und dringend verwarnt hat, Ruhe zu halten, 3. daß von den Ausständigen selbst niemand sich an den Ausschreitungen beteiligt hat. Die Streikleitung hat alle Maßnahmen getroffen, um für Aufrechterhaltung der Ordnung und der Ruhe der Ausständigen auch weiter striktest zu sorgen und erwartet, daß sie in diesem Bestreben von der ganzen Arbeitererschaft Hohenlimburgs nachdrücklich unterstützt wird.“ Außerdem begab sich die Organisationsleitung des Metallarbeiterverbandes im Beisein eines Stadtverordneten nach dem Bürgermeisteramt, woselbst in Gegenwart des Herrn Bürgermeisters einwandfrei festgestellt wurde, daß sich kein Streikender an den Ausschreitungen beteiligt hat, vielmehr diese von 11-16jährigen jungen Leuten begangen worden sind. Unter den 14 verhafteten jungen Leuten befindet sich einer vom Kontorpersonal der bestreikten Firma, er soll sich bei dem Einwerfen von Fensterscheiben beteiligt haben.

Allgemeine Absperrung in der Beleuchtungsbranche in Mainz. Die Fabrik „Gasapparat und Gußwerk“ sperrte am 22. d. M. zweihundert Arbeiter aus. Am Sonnabend sind sämtliche Betriebe diesem Beispiel gefolgt, wodurch über 400 Arbeiter außer Tätigkeit sind. Veranlassung zu dieser Maßregel war, daß die Arbeiter in dem neuen Tarif, der drei Jahre laufen sollte, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich und eine Erhöhung von zwei Ffg. Stundenlohn wünschten. Nach erfolgter Absperrung haben jetzt die vereinigten Fabrikanten noch einige Zugeständnisse gemacht, so daß eine Einigung nicht ausgeschlossen erscheint.

Ludwig Rehhauser wieder als Gewerkschaftsangehöriger. Der Frankfurter Zweigverein des Buchdrucker-Verbandes wählte am Sonntag den früheren Redakteur des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, Ludwig Rehhauser, zum Lokalbeamten für Frankfurt a. M. Die Versammlung, in der die Wahl erfolgte, war sehr stark besucht. Rehhauser und zwei andere Kandidaten hielten kurze Programmvorträge. Bei der Abstimmung erhielt Rehhauser von 537 abgegebenen Stimmen 394, die beiden anderen Kandidaten 56 und 53. Damit tritt Rehhauser wieder in den Dienst des Buchdruckerverbandes.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärischer Gerechtigkeitsdurst im Kleinen. Einen bemerkenswerten Pflichterfüller, genaunt mit kriegsgerichtlicher Gründlichkeit, hatte man bei Verfolgung einer „Straftat“ an den Tag gelegt, die der etatsmäßige Feldwebel Karl Siegel im Juni vorigen Jahres in Keetmanshoop (Deutsch-Südwest-Afrika) begangen haben sollte. Der Mann, der zu 5 1/2 Jahre gedient und sich gut geführt hat, wurde im Februar dieses Jahres als zwei Jahre garnisondienstunfähig zur Keisers entlassen. Er weilt gegenwärtig in Eisleben und mußte vor dem Kriegsgericht in Halle a. d. Saale erscheinen, weil er angeblich ungebührlich begangen und einer Untergebenen durch Mißbrauch seiner Stellung zum Ungehorsam angehetzt haben sollte. Die Straftat war folgende: Als der Mann bei der Schutztruppe weilte und nebenbei Kantinenverwalterdienste verrichtete, ließ er sich ab und zu, wenn er auf Liegespoken ritt und sein Portemonnaie vergessen hatte, von dem Kantinenwirt eine Schachtel Zigaretten auf Borg geben. Das ist nach einem Befehl des Kompagnieführers für die Mannschaften verboten. Siegel dachte sich aber bei der Entnahme der Zigaretten nichts, da er sie nach einigen Stunden bezahlt hatte, also ein Schaden nicht entstanden war. Die militärischen Gerechtigkeitsmühlen mahlen aber manchmal wunderbar. Zunächst kam ein Verfahren gegen den Kantinenwirt und dann wanderten die Akten — Gerechtigkeits muß sein — von Keetmanshoop über den Atlantischen Ozean nach Halle a. d. Saale, um zu suchen und zu finden, ob Siegel sich durch die für einige Stunden auf Borg eingenommenen Zigaretten strafbar gemacht habe. Die erforderlichen Aktagraphen 92 und 115 fanden zur Verfügung. Der Ankläger trat für Verurteilung ein. Das Gericht — nur fünf Richter mußten darüber befinden — kam jedoch zur Freisprechung. — Erwägt man die Anlegung der Akten, den Verbrauch der Linte, die nicht mühselige Verfolgung über den Ozean und die Aufwendung

des kostbaren Gehirnsmalzes, dann dürfte man sich die Frage vorlegen: „War das des Schweißes der Edlen wert?“

Aus Nah und Fern.

Von der Geliebten erschossen wurde in Berlin der Chauffeur Kurau; sie ist die Frau eines Kanzleiangestellten.

Entgleisung des D-Zuges Dirschau-Berlin. Gestern mittag gegen 11 Uhr entgleiste infolge Achsenbruchs bei der Durchfahrt auf dem Bahnhof der in Danzig an den Schnellzug Königsberg-Berlin D 10 angehängte D-Wagen, welcher umstürzte. Ein Reisender wurde getötet, zwei schwer und zehn leicht verletzt. Amtlich wird aus König gemeldet: Bei der Durchfahrt des D-Zuges von Flatow in den Bahnhof von Krojanke lief gestern um 10.59 Uhr der letzte Wagen außerhalb des Geleises. Beim Ueberfahren der Kreuzungsweiche 9 schlug der Wagen um; der Zug kam sofort zum Halten. Entgleist ist nur der letzte Wagen, anscheinend durch Achsenbruch. Getötet ist eine Militärperson. Schwer verletzt wurden zwei Personen. Das Gleis war auf etwa eine Stunde gesperrt. Der D-Zug 10 fuhr etwa mit 1 1/2 Stunden Verspätung weiter. Der Betrieb wurde nach einer Stunde unter Zuhilfenahme von Ueberholungsgleisen wieder aufgenommen. Die Eisenbahndirektion Danzig gibt folgende Aufstellung der bei dem Unfall bei Krojanke Getöteten und Verletzten bekannt: Getötet wurde der Waffenmeister Richard Tachen. Schwer verletzt wurde Frau Malolewski-Danzig; der Name der zweiten schwer verletzten Dame ist noch nicht festgestellt, daß sie zurzeit noch bewußtlos ist. Sie wurde in das Krankenhaus in Schneidemühl übergeführt. Leicht verletzt wurden Frau Jungstangen-Berlin, Frau Stepanek-Berlin, Fräulein Canabacus-Striegau in Schleifen, der Veteran Behrens Hillerje in Hannover, v. Tobrud, Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Perleberg, Fräulein Ammann-Zoppot, Frau Neßler-Freiburg in Sachsen, Frau Linders-Kaiserslautern, Herr Fiebig-Berlin und Herr Schubert, Proviantamtsdirektor in Danzig.

Schwere Bluttat in Stettin. In der Heinrichstraße in Stettin feuerte am Montag abend eine Frau Ischhof auf den 50jährigen Arbeiter Gutmann, mit dem sie früher lange Zeit in wilder Ehe gelebt hatte und der das Verhältnis wieder anbahnen wollte, mehrere Revolvergeschüsse ab. Der 24jährige Sohn der Frau versetzte dann dem Schwerverletzten noch einen Messerstich in die Schulter. Gutmann flüchtete dann auf die Straße, wo er zusammenbrach. Er wurde in sehr bedenklichem Zustande in das Krankenhaus geschafft. Mutter und Sohn sind verhaftet.

Erwischter Gauner. Der Prokurist Steeg der Düsseldorf Filiale des Schaafhausenschen Bankvereins, der nach Unterschlagung von 239 000 Mark geflüchtet war, ist gestern mittag in Donaueschingen verhaftet worden.

Infolge starken Brenneis überflugsich nach einer Meldung aus Worms am Montag ein Automobil auf der Straße nach Mainz. Die Insassen, die Familie Glaskamp aus Mülheim a. d. R. wurden herausgeschleudert. Der Mann ist tot, seine Frau und der Chauffeur wurden schwer verletzt, während sein Sohn und seine Tochter leichte Verletzungen erlitten.

Staubexplosion. Am Montag abend entstand durch eine Staubexplosion in der chemischen Fabrik von Brückmann in Oßersleben ein Feuer, das so starken Rauch entwickelte, daß die zahlreichen, auch aus weit entfernt liegenden Ortschaften herbeigeeilten Feuerwehren zunächst gar nicht in der Lage waren, gegen den Brand vorzugehen und eine Zeitlang auf jede Aktion verzichten mußten. Der angerichtete Materialschaden soll sich auf etwa eine Million Mark belaufen.

Eine Spur von dem Fremdenlegionär Müller? Das Neue Tagblatt in Stuttgart hat angeblich die Spur des Fremdenlegionärs Müller gefunden; es schreibt: Der Sohn der Kaufmanns Witwe Schweizer in Stuttgart, Alfred Schweizer, geboren 1890 in Stuttgart, gab am 2. April 1909 an, er trete eine Stellung in Heilbronn an; er reiste aber zu seinem Bruder nach Zürich, um dort eine Stelle zu suchen. Am 4. oder 5. April 1909 verschwand er spurlos und blieb bisher verschollen. Die Familie nimmt an, daß er sich für die Fremdenlegion anwerben ließ. Sie wurde in dieser Auffassung bestärkt durch die Nachricht von der Anfang Januar 1910 in Udjda erfolgten Erschießung des Fremdenlegionärs Müller, der wegen Desertion vor dem Feinde kriegsgerichtlich verurteilt wurde. Der Versuchsmundene hatte nämlich einen Freund namens Hermann Müller, der in Feuerbach bei Stuttgart als Postamtwärter angestellt war. Die Familie vermutet, daß Schweizer den Namen seines Freundes Müller angenommen hat, um unerkannt in der Fremdenlegion verbleiben zu können, zumal da er keinerlei Legitimationspapiere hatte. Als er später in Algier sein Nationale angeben mußte, nannte er sich bei seinem richtigen Namen Schweizer, worauf die Eintragung in die Liste der 13. Kompagnie des 1. Fremdenlegionär-Regiments unter dem Doppelnamen Schweizer-Müller erfolgt sein dürfte. Hierauf ist wohl die Verwechslung zurückzuführen, daß man in dem Erschossenen einen Schweizer namens Müller sah.

Räuberei überfall auf einen Schnellzug. Die „Gazeta Porana“ meldet: Auf den von Stanislaw nach Lemberg verkehrenden Schnellzug wurde bei der Station Eichen, drei Stationen von Lemberg, ein Überfall verübt. Es wurde plötzlich die Notleine gezogen, und als der Zug zum Stehen kam, wandten sich mit Revolvern bewaffnete Strolche gegen den Lokomotivführer, während andere in den Postwagen einzubringen versuchten, der jedoch noch schnell verriegelt werden konnte. Die Räuber feuerten 30 Schüsse gegen den Zug ab, glücklicherweise wurden aber nur Fensterscheiben zerschmettert. Darauf wandten sie sich zur Flucht. Der Schnellzug langte mit einstündiger Verspätung in Lemberg an.

Ein schwerer Aschenregen ging in der Nacht zum Dienstag über der Stadt Catania nieder. Der Asche ist von höchstem Nebel bedeckt; vermutlich ist eine Eruption erfolgt.

Ein Mörder auf dem Wege in die Heimat. Der Dampfer „Re d'Italia“, der in den nächsten paar Tagen in Neapel einzuweisen wird, ruft aufs neue eine Tragödie ins Gedächtnis zurück, die vor etwas mehr als drei Jahren auf

beiden Seiten des Atlantischen Ozeans Sensation erregte. Unter den Passagieren des Schiffes befindet sich Mr. Porter Charlton, der im Juni 1910 verhaftet wurde, als er in New York landete. Die Verhaftung geschah auf Veranlassung der italienischen Regierung, die Charlton beschuldigt, seine Frau ordnet und ihren Leichnam in einem Koffer in den Comer-See geworfen zu haben, wo er später von Fischern gefunden wurde. Bei seiner Verhaftung in New York erklärte Porter ohne weiteres, die Tat begangen zu haben, und er gab sogar eine volle Beschreibung der näheren Umstände. Seit jenem Tage befand sich Charlton im Hudson County-Gefängnis in Jersey City, während seine Anwälte alles mögliche aufstellten, um seine Auslieferung nach Italien zu hintertreiben. Schließlich entschieden die amerikanischen Gerichtshöfe, daß Charlton nach Italien zurückgeschickt werden müsse, um sich dort, wo er das Verbrechen verübt hatte, auch zu verantworten. Ein paar italienische Regierungsdetektive nahmen ihn von den Gefängnisbehörden in Empfang und brachten ihn auf den Dampfer „Re d'Italia“, wo besondere Räume, abgetrennt von den übrigen Passagieren, für ihn bereit gehalten wurden.

Gewerbmäßige Engelmacheri. In Philadelphia, Pennsylvania, sind in einem gynäkologischen Institut zwei Ärzte und zwei Wärterinnen unter dem Verdacht der gewerbmäßigen Engelmacheri verhaftet worden. Die vier Personen sollen in den letzten Jahren gegen tausend Kinder ermordet haben.

Ein mysteriöser Mordfall. Telegraphischer Meldung zufolge stiegen am Montag morgen in einem der besten Hotels der Stadt Dordrecht zwei Damen ab. Da sie später nicht erschienen, fand man einen Hotelangestellten nach ihrem Zimmer. Man erbrach die Tür des Zimmers und fand beide tot vor. Die eine der Damen war am Bett erhängt, während die andere tot auf dem Bette lag. Anscheinend ist sie erbrochelt worden. Wer die beiden Damen sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Man fand bei ihnen noch 80 Mk. deutsches Geld vor sowie einen Zettel mit einer unleserlichen Unterschrift und den Worten „30. August — Maaßen“.

Die Opfer des Blitzes. In einem interessanten Aufsatz eines Pariser Blattes beschäftigt sich Camille Flammarion mit den Verwüstungen, die der Blitz in den Sommermonaten anrichtet und mit der Zahl der Menschenopfer, die er fordert. Dabei stellt der Gelehrte eine Statistik auf, die erkennen läßt, daß die Anzahl der durch den Blitz hervorgerufenen Todesfälle auch im Verhältnis zur Bevölkerungszahl in den verschiedenen Ländern Europas und Amerikas sehr große Schwankungen aufweist. In Preußen entfallen beispielsweise auf 1 Million Einwohner 4,4 Todesfälle durch Blitz, in England dagegen nur 0,36, dort beläuft sich die Durchschnittszahl der jährlich vom Blitz getroffenen Personen in der Tat nur auf 12,4. In Frankreich ergeben sich auf eine Million Einwohner jährlich drei Todesfälle durch Blitzschläge, in Schweden ebenso viele, in Belgien 2, in den Vereinigten Staaten jedoch 10. Interessant ist in dieser Beziehung die Tatsache, daß dieselbe Ziffer, 10 auf eine Million, auch in der Steiermark und in Krain erreicht wird, während Ungarn unter den europäischen Ländern, soweit statistische Berechnungen durch zuverlässiges Material möglich sind, die Höchstkiffer erreicht: 16 Todesfälle auf eine Million Einwohner. In Amerika beziffert man die Zahl der durch den Blitz hervorgerufenen Todesfälle auf 700-800 im Jahre. Diese verhältnismäßig hohe Ziffer erklärt sich durch die häufigen Gewitterstürme in Nordamerika, wobei besonders zur Erntezeit unter den im Freien von Gewitterstürmen überzogenen Landarbeitern viele Opfer gefordert werden. Besonders fürchtbar werden die Wirkungen des Blitzes, wenn er in eng eingesperrte Viehherden einschlägt, wie überhaupt die Zusammenbrängung vieler Lebewesen auf freier Ebene den Blitz anzuladen scheint. Erst im Juni dieses Jahres fielen so in der Nähe von Arue mehr als 140 Schafe einer Herde einem einzigen Blitzschlage zum Opfer. Und vor Jahren ereignete sich ein Fall, in dem der Blitz in eine über 2000 Köpfe zählende Hammelherde einschlug, 1200 der Tiere zu Boden warf und in Sekundenschnelle 556 tötete.

Raubmord. Aus St. Petersburg wird gemeldet: Die polizeiliche Untersuchung über den Tod der im Zuge als Leiche aufgefundenen Schauspielerin Tornawsta hat ergeben, daß es sich tatsächlich um einen Raubmord handelt. Die Angehörigen der Toten haben angegeben, daß die Getötete Schmuckfachen im Werte von 300 000 Mark bei sich gehabt habe, von denen aber nichts mehr vorgefunden wurde.

Todessturz zweier französischer Militärflieger. Ein schweres Fliegerunglück ereignete sich am Montag abend auf dem Flugfelde von Villacoublay. Der Fliegerleutnant Sauter war mit dem Pionier Laforché als Fluggast lange Zeit über dem Bievretale hin und her geflogen und suchte bei einbrechender Dunkelheit einen geeigneten Landungsplatz. In Höhe von 200 Metern begann plötzlich der Apparat bedenklich zu schwanken. Als er dann bis auf 30 Meter über dem Erdboden heruntergebracht worden war, senkte er sich nach der einen Seite und sauste zu Boden, wo er zerstückte. Die beiden Insassen konnten nur als Leichen aus den Trümmern geborgen werden. Der Unfall wird darauf zurückgeführt, daß der Spanndraht des Höhenmessers gerissen ist, wodurch dann Leutnant Sauter die Herrschaft über den Apparat verlor.

Die Rache der Verlassenen. In Loulon schüttete ein 19jähriges Mädchen ihrem Geliebten Vitriol ins Gesicht. Der Unglückliche wurde fürchtbar verbrannt und dürfte beide Augen verlieren. Eine Anzahl in der Nähe weilender Personen wurde von dem umherströmenden Vitriol getroffen und ebenfalls verbrannt.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:

Vom Dampfer „Josef Davis“ 3,68 Mk.
Vom Dampfer „Friedr. Arp“ 1,40
Der Jugendauschuß.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schöwarth. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Mittel**
kaufen Sie billig und recht bei
Karl Otto Albers Kalkmarkt
4. **Otto Albers** 10.
18 kompl. Betten u. 12 50 Stk. an.
Bettfedern per Stk. u. 45 Pf. u. 4 2/3 Pf.
27, Rote-Lobbeck-Markten.

Urbin
bester Schuhputz
In Dosen aller Größen überall erhältlich. Fabrik: Urben & Lemm, Charlottenburg.

aber noch besonders zu berücksichtigen, daß der Grund der Besichtigung sich mehr nach dem Wetter richtet und bei völliger Windstille, namentlich bei gleichzeitiger Nebelbildung, besond. wichtig ist. Wenn jetzt einiger Zeit an der Verbesserung der Großschiffahrt durch Raucher und Staubverminderung eifrig gearbeitet wird, so sollte man nicht vergessen, daß Dämpfe von unvollständig verbranntem Petroleum oder Del der menschlichen Gesundheit keinesfalls schädlich sind. Aus der stofflichen Verunreinigung der Straßen ist seit der Verdrängung des Pferdes durch die Verbreitung des Kraftwagens die chemische geworden, und es ist sehr fraglich, ob die Großschiffahrt dabei einen guten Zweck gemacht hat. Man darf wohl aber sicher hoffen, daß durch weitere Verbesserungen der Maschinen und sorgfältige Erziehung ihrer Führer der Schaden immer weiter vermindert werden wird, während die Verleumdung der Straßen durch die Arbeit der Pferde überhaupt kein Mittel gegeben hat. Wegen eine Verleumdung der Straßenluft mit chemischen Verbindungen wie Kohlenäure, Kohlenwasserstoff oder gar Kohlenoxyd muß man sich freilich aufs äußerste verwahren.

Handel mit Kindern!

An der Hand eines zuverlässigen und zum Teil noch unvollständigen Artikels zeigt Dr. phil. Karl Müller in einem eingehenden Aufsatz in der jüngsten Nummer der Halbmonatsschrift für das Vaterland unter der Überschrift: (Georg Meigs, Leipzig), daß leider in Deutschland, und noch dazu in einer Zeit, die man sich „Das Jahrhundert des Kindes“ nennt, ein Handel mit Kindern als schändliches Geschäft besteht, von dessen Vorhandensein nur wenige Volksgenossen und selbst die verantwortlichen Stellen haben Kenntnis, und auf den zuerst hingewiesen zu haben das große Verdienst der früheren Stuttgarter Sozialisten Dr. Schwefler, Henricke und Dr. Kricheldorf. Nach der Darstellung des wachsenden, erschütternden Materials macht der Verfasser praktische Vorschläge zur Verhinderung des Handels mit Kindern in Deutschland. Er verweist dabei auf Vorschläge, die in der Schweiz von führender Stelle gemacht worden sind, die nach Dr. Müller jedoch noch einer Erweiterung bedürfen. Er schließt deshalb seinen bedeutsamen Aufsatz mit folgenden Worten: „Es muß allgemein dahin kommen, daß jedes uneheliche Kind überwacht wird, als das ohne Pflegegeld untergebracht, für das es eine Ueberwachung hefte selbst noch nicht gibt. Es ist das Gebot, daß alle unehelichen Kinder der legitimen Eltern einverleibt werden, und es ist unbillig, daß diese Verunsicherung ausgedehnt wird bis auf das 20. und 21. Lebensjahr. Die Notwendigkeit dieser längeren Ueberwachung hat sich in der Praxis herausgestellt. Aber auch die theoretische Erwägung ist aber jedenfalls noch ein weiterer Schritt. Doch so lange die Arbeit nicht ruhen darf, ist selbstverständlich. Zur Zentralisierung dieser Arbeit ist die Gründung eines Nationalkomitees zur Bekämpfung des Kindeshandels dringend notwendig. Bekämpfungen in dieser Hinsicht sind im Gange. Sie zu unterstützen sollte sich jeder für verpflichtet halten, der Interesse am Wohlergehen anderer Menschen hat. Zweckmäßig wird es sein, daß jeder, der helfen will, sich an Schwefler, Henricke oder in Stuttgart (Kellerstraße 48) wendet. Es gilt, nicht nur unserem Volke seine Jugend, vor allem auch seine künftige Stellung zu erhalten. Es gilt, wahre Menschenwerte zu vertreten gegenüber denen, die Menschen zu Warenartikeln und damit zu Handelsartikeln machen möchten. Menschen sind Koffertartikel, die mit Geld und Geldswert nicht bezahlt werden können. Wehe uns, wenn wir diesen Menschen nicht diese Koffertartikel in den Schmutz lassen, daß wir sie bejubeln, verschleppen, verfeilschen!

am Stamm oder an härteren Ästen entwickeln und daher als Kanalfloze bezeichnet werden. So lag die See in Folge, die in heißen Sommermonaten durch die Presse schneidet, hat sich eingeklebt und zwei amerikanische Korischer gehen ihr mutig zu Leibe — wahrlich, jeder Leser wird sich freuen, wieder ein so hübsch illustriertes und zusammengefaßtes Kosmosheft in die Hände zu bekommen, mancher verregnete Tag in den Ferien kann so durch unterhaltende und belehrende Lektüre ausgefüllt werden.

Tiere als Gefahrmelder in Bergwerken.

Es ist bekannt, daß kleine Tiere — Vögel wie Säugetiere — gegen Kohlenoxyd viel empfindlicher sind als der Mensch, und aus diesem Grunde können sie in Bergwerken als Gefahrmelder ebenso verwendet werden, wie es in Unterlebensbooten geschieht. Die amerikanische Regierung hat nun jüngst durch Dr. C. Burrell, einen Beamten des Bergamtes, Untersuchungen darüber anstellen lassen, wie groß die Empfindlichkeit kleiner Tiere gegen Kohlenoxydüberdosisungen ist. Burrell hat zunächst Versuche mit Mäusen gemacht. Wenn die Luft, die die Mäuse einatmen, 0,16 Proz. Kohlenoxyd enthält, werden die Mäuse unruhig; bei 0,2 Proz. Kohlenoxyd sterben sie nach acht Minuten an, wie unbehaglich sie sich fühlen, und nach 15 Minuten bröchen sie zusammen. Bei einem Kohlenoxydgehalt von 0,57 Proz. tritt schon nach einer Viertelstunde der Tod ein, und 0,77 Prozent Kohlenoxydgehalt der Luft tötet sie in 12 Minuten. Bedeutend empfindlicher sind Kanarienvögel: ein Kanarienvogel, der in der Luft mit 0,2 Proz. Kohlenoxyd umhergeht, fällt bereits nach 5 Minuten tot hin. Kanarienvogel scheint von den untersuchten Tieren die besten Gefahrmelder zu sein; sie reagieren schon auf geringe Kohlenoxydmengen, und es liegt nahe, auch ihr Verhalten zu beachten, wenn man bei leichtem brennenden Staubnebel den Verdacht hat, daß sich Kohlenoxyd entwickelt.

Allerlei Wissenswertes.

Pflingstrosen oder Päonien gehören mit den Schwertlilien zu den härtesten Stauden, die man im Garten haben kann. Die rote Päonie, auch Bauernrose genannt, ist die beste Sorte. Sie blüht früher; nach ihr folgen viele andere Sorten, die meist in hellen Farben blühen. Es gibt aber noch andere, die vor der alten roten Pflingstrose blühen. Das sind meist einfache Sorten. Zu den schönsten Gartenpflanzen gehören die baumartigen Päonien, die aber nicht überall auszuhalten und etwas Winterstreu verlangen. Die meisten dieser Art sind stark gefüllt; es gibt jedoch auch noch schwachgefüllte, die dafür aber riesengroß sind und in ihren Blütenblättern etwas Glanzendes haben, das an Seidenstoff erinnert. Viele Liebhaber erklären diese japanischen Päonien für das Schönste im ganzen Blumenreich. Näheres über Päonien ist in einer ausführlichen Arbeit nachzulesen, die in der neuen Nummer des Praktischen Gartens im Ob- und Gartenbau erscheint; diese wird unsern Lesern auf Wunsch kostenfrei vom Verlagsamt des Praktischen Gartens in Frankfurt a. D. angeliefert.

Heiseres.

Nach und nach. Bei der Frau ist wohl musikalisch? Ich sehe da eine Geige, eine Fithar, eine Mandoline — Sun der Eheemann: „Sa, ja, das ist alles so schönlich zum Vorlesen gekommen!“ Die Geigewähige. Frau: „Da hört sich doch alles auf! Klübere ich hier auf dem bunten Korridor fortwährend mit meiner Klavierin, und jetzt, wo ich nicht anheide, sehe ich, daß sie gar nicht mehr da ist!“ Durch die Blume. Die Gnadige (zum neuen Dienstmannchen): „Sagen Sie mal Anna, wie war es denn bei Ihrer früheren Herrschaft?“ — „O, da ging es schrecklich zu, gnädig Frau, die Schweigegebel allein betrogen jährlich hundert Mark.“ In der Kunstgalerie. Max (vor einem Stilleben stehend): „Sagen Sie mal, was das für ein Bild ist?“ — „Maler möchte ich auch werden, Vater!“ — „Komm, komm, lern mal erst was Drebentisches.“ — „Du denkst an nichts wie ans Essen!“ — „Ehe wir's Mäntchen hier probieren, Herr Kollege, wollen wir unseren Brauen eine Anstaltskarte schicken.“ — „Das hat ja Zeit bis nachher!“ — „Mein... da merken sie's!“ (Aus... Magendortler Blätter.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schöwarz. Druck: F. T. Meyer & Co. Städtisch in Albed.

Unterhaltungsblatt

des Lübecker Volksboten.

Nr. 34.

Mittwoch, den 27. August

1913.

Lebens Demuth.

Von Stefan Großmann.

Shakespeare hätte diesen Namen für die treue Magd des Revolutionärs Karl Marx nicht anders erfinden können. Als Kind acht oder neun Jahre alt, war Leinchen Demuth — wahrhaftig, so hieß sie! — in das Haus des preussischen Regierungsrates Baron Westphalen gekommen. Dann heiratete die junge Jenny v. Westphalen den jungen Doktor Karl Marx. Er wurde nicht Universitätsprofessor, wie man's gehofft hatte, sondern Reaktor der „Rheinischen Zeitung“. Aber als er zeigte, daß er nicht etwa ein liberaler Durchschrittsredakteur, heilbrigig und schamant nach allen Seiten, sondern eben jener künftige Karl Marx war, da wurde er aus Kreisen ausgewiesen und die „Rheinische Zeitung“ wurde zum Gemäch gemacht. Marx ging nach Paris. Die junge Frau scheint in Paris Heimweh gelitten zu haben. Da landte ihr die alte Frau Baronin Westphalen ein lebendiges Stückchen Heimat, eine alte Kameradin, die junge Dienerrin Leinchen Demuth. „Ich schickte dir das treue liebe Leinchen als das Beste, was ich dir schicken kann!“ Marx wurde aus Paris ausgewiesen, Marx zog nach Brüssel, nach London. Brüssel vertrieben, Marx zog nach London. Leinchen Demuth zog mit, nach Paris, nach Brüssel, nach London. Marx kam ins Glend, wohnte in einem Proletarierquartier, dann in einem armenigen Hotel, dann wieder in einer eignen Zweigimterwohnung. Ein Kind kam, das zweite, dritte, vierte, fünfte. Eines Tages werden ihm die Möbel auf die Straße gestellt, ein andermal wird Marx vom Verlassamt zur Polizei bestellt, weil er altes Silberzeug, Erbstücke der Familie Westphalen, versteigern mußte. Ein Kind stirbt, das Kind und Blut in den Brüsten der künftigen Mutter gelogen hatte, ein Junge wird bleich und liegt hin, von der Not gefaßt. Und immer ist die eine, die Treue bei ihnen; Leinchen Demuth, sie lacht mit den Knegeboronen und neigt das Haupt über die Sterbenden. Sie wäscht Geschwür und Wunden in demselben Raum, in dem Marx die ersten Notizen zum „Kapital“ aufschreibt.

Wohndes ist das zweite Zimmer der Marx'schen Wohnung überfüllt. Hier wird diskutiert, gelaßt, geschrien und Lee getrunken und Butterbrot verzehrt, wenn Mutter da ist. In Paris las abends Heinrich Heine seine Gedichte vor, bis der schöne Frau Jenny die Tränen über die Wimpern über den Deutschland durfte er garmüht vorbringen, das machte das rheinische Herz schwer. Leinchen Demuth leuchtete Herrn Heine über die Treppe. Und erst in London! Da wimmerte das Haus von Fremden, Russen (die immer am längsten schwankten), Statisten, Ungarn, Engländer, dann und wann, Gott sei Dank, auch Deutschen. Der Freundschaft war Herr Engels aus Maastricht. Wenn der kam, stieß zuweilen ein klein bißchen Gelb im Haus. Aber es waren lauter freundliche Herren, die Leinchen hier sah, Herrn Freiligrath und Herrn Owen, Herrn Louis Blanc und Herrn Liebknecht. Nun konnte man, obwohl man tommübe war, nicht zu Bett gehen, solange die Gäste da waren und schliefen.

Die Kinder wurden groß. Frau Jenny häntelte. Da lag die Sorge des ganzen Hauses auf Leinchen Demuth. Mit den Jahren wurde es ein klein wenig besser. Dr. Marx zog nach Hampstead. Uraltie Ginden umstanden das Haus, jetzt ging es auch nicht mehr gar so knapp zusammen, aber nun kamen die Krankheiten. Doktor Marx lag wochenlang im Bett und dann bekam Frau Jenny die Koden. Aber anders blieb bei den Kindern? Wer sollte taufte ein, räumte auf? Wer sollte nachts auf den Zehenspitzen zur Schlafzimmertür, hinter der Doktor Marx lag und wachte und schlief, so daß das Bett überläst war mit beschriebenen. Zeteln, wer denn aus Leinchen? Frau Jenny starb. Ihr Mann wollte ihr ins Grab nachfügen, und bald ist er ihr nachgeföhrt, etliche Monate später.

Die Umgestaltung der Gesellschaft.

Von August Hebel in der „Frau“.

Die Kunst steigt und unterstüpft das Fundament, auf dem unser Staats- und Gesellschaftsbau ruht. Alle Welt föhrt, daß die Fundamente wanken und nur noch trügliche Stützen retten können. Aber das erfordert große Opfer, welche die herrschenden Klassen bringen müßten. Da liegt jedoch das Hindernis. Jeder Vorschlag, dessen Verwirklichung ernsthaft die materiellen Interessen der herrschenden Klassen schädigt und ihre bevorzugte Stellung in Frage zu stellen droht, wird von ihnen grimmig bekämpft und als eine auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Verheerung gebrandmarkt. Die trante Welt ist aber nicht zu turieren, ohne daß die Privilegien und Vorrechte der herrschenden Klasse in Frage gestellt und schließlic beseitigt werden.

Der Kampf um die Beseitigung der arbeitenden Klassen ist kein Kampf um Vorrechte, sondern ein Kampf um gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Beseitigung aller Vorrechte, heißt es im sozialdemokratischen Programm. Daraus ergibt sich, daß mit heißen Maßregeln und kleinen Konzessionen nichts getan ist.

Die herrschenden Klassen betrachten aber ihre bevorzugte Stellung als eine durchaus naturgemäße und selbstverständliche, an deren Berechtigung und Fortbestand man nicht zweifeln dürfte, und so ist es wieder selbstverständlich, daß sie jeden Versuch, ihre Korrektheitstellung zu erschüttern, zurückweisen und bekämpfen. Selbst Vorschläge und Gesetze, die weder an den Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung noch an ihrer Korrektheitstellung etwas ändern, bringen sie in die größte Aufregung, sobald nur ihr Gebieth in Anspruch genommen wird, oder in Anspruch genommen werden könnte. In den Parlamenten werden ganze Berge Wasser mit Reden bedeckt, bis endlich der freisinnige Berg ein Mäusen gebiert. Den selbstverständlichen Fortbestand des Arbeiterthums begegnen man mit einem Widerstand, als hinge davon die Existenz der Gesellschaft ab. Und werden nach unendlichen Kämpfen ihnen einige Konzessionen abgehandelt, dann gebären sie sich, als hätten sie einen großen Zeit ihres Vermögens geopfert. Demleiden hartnäckigen Widerstand zeigen sie, handelt es sich darum, die unterdrückten Klassen als jormell gleichberechtigt anzuerkennen und, zum Beispiel in Fragen des Arbeitsvertrages, als Gleichberechtigte mit ihnen zu verhandeln. Dieser Widerstand bei den einfachsten Dingen und den selbstverständlichen Forderungen bekräftigt den alten Ge-

